

Die Rolle der Gewalt in der Hamburger 68er Bewegung von 1966 bis 1969

Autor: Arwed Milz

Inhalt:

Vorbemerkungen

1. Polizeigewalt und Provokationen (1966/67)
 - 1.1. Polizeiknüppel gegen Demonstrationsfreiheit – der friedliche Vietnamprotest vor dem amerikanischen Konsulat im Juli 1966
 - 1.2. Der Schahbesuch und der Polizistenmord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967
 - 1.3. Rudi Dutschke und der Gewaltdiskurs
 - 1.4. Der Sturz des Kolonialdenkmals „Wissmann“
 - 1.5. „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ – Störungen und Sprengungen von Veranstaltungen und Vorlesungen – „Landgraf werde hart“
 - 1.6. Erstes Fazit
2. Widerstand – Polizeigewalt – Gegengewalt (1968)
 - 2.1. „Springer hat mitgeschossen“ – das Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968.
 - 2.2. Zweites Fazit
 - 2.3. Friedliche Demonstrationen und Happenings gehen weiter
 - 2.4. Nach der Polizei kommt die Justiz – Strafverfahren gegen „Gewalttäter“
 - 2.5. Die offensive Gegengewalt beginnt in Berlin – die Schlacht am Tegeler Weg und der Gewaltdiskurs auf der 23. Delegierten Konferenz des SDS in Hannover im November 1968
 - 2.6. Drittes Fazit
3. Gewalt gegen Sachen findet eine breite Basis in der Protestbewegung (1969/70)
 - 3.1. Gewalt gegen Sachen als „Hilfsmittel der Politik“ – die Besetzung des Psychologischen Instituts im Januar 1969
 - 3.2. Viertes Fazit
 - 3.3. Protest und Gewalt greifen auf viele Konfliktfelder über
 - 3.4. Der „große Prozess“ – die Stadt braucht ein „Exempel“: Günter Schmiedel soll als Rädelsführer für Gewalttaten hart büßen
 - 3.5. Der antikoloniale Sprengstoffanschlag bei Blohm & Voss Oktober im 1969 – Höhepunkt der Gewalt gegen Sachen in Hamburg
 - 3.6. Die Neuorganisation der Protestbewegung flacht die Gewalt in Demonstrationen ab, sie werden singuläre Ereignisse 1970
 - 3.7. Im Untergrund bereitet sich der „bewaffnete Kampf“ von RAF und „Bewegung 2. Juni“ vor und findet auch in Hamburg bei einer Minderheit Unterstützung 1970/71
 - 3.8. Zusammenfassung

Literatur

Vorbemerkungen

Alle Ereignisse, die für Gewaltdiskurse eine Rolle spielen, werden bereits in unserer Chronik detailliert beschrieben.

Untersucht werden hier die Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei, die 1966 vor dem Hamburger US-Konsulat „aus dem Nichts“ eskalieren, sich im Verlauf zahlreicher Konfrontationen zuspitzen und mit dem Sprengstoffanschlag 1969 bei Blohm & Voss als eine Art Höhepunkt zugleich signalisieren, dass die Studenten- und APO-Bewegung an das Ende ihrer wirksamen Mittel und Ausdrucksformen angekommen ist.

In diesen drei Jahren werden harte Polizeieinsätze zunehmend als willkürlich und unangemessen begriffen; ihre Rechtmäßigkeit wird in Zweifel gezogen. Das ist neu: Protestierende drehen den Spieß um und trotzen den drohenden Appellen ringsum. Sie verwerfen Untertanenweisheiten wie: „Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um“. Vielmehr verteidigen sie ihr Recht auf öffentliche Meinungsäußerung und ihre Versammlungsfreiheit offensiv, auch aggressiv.

Demonstrationen sind in den 1960ern ein misstrauisch beäugtes Medium, das umstandslos unter üblen Verdacht gesetzt wird. Öffentliche Demonstrationen werden nur mit strengen polizeilichen Auflagen genehmigt. Ostermärsche wie Vietnamdemos sollen in stillen Straßen stattfinden. Das provoziert die Protestanten. Sie durchbrechen polizeiliche Auflagen und Absperrungen und wollen sich weder räumlich, noch moralisch ins Abseits drängen lassen. Ihr Anliegen soll in aller Öffentlichkeit wahrnehmbar sein.

Übergriffe der Polizei werden nicht mehr einfach hingenommen: Was zählt? Das Recht auf Ruhe und Ordnung oder das Recht auf öffentliche Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit? Protestierende verteidigen sich gegen den trägen Strom von „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Sie werden laut und attackieren den Mainstream. Das ist in Zeiten des Kalten Kriegs unvorstellbar ungehörig, dreist und frech: Konformismus gegen Kommunismus! Die Boulevardpresse, allen voran die Springerblätter, schlachten jede Abweichung mit primitivsten Schlagzeilen aus und schüren ein Klima der Aggression, Desinformation und Diskriminierung. Seriöse Medien distanzieren sich. Sie bieten dem Protest oft inhaltlich Flankenschutz, Raum und Unterstützung.

Als die Fronten zwischen Protest und Polizei sich gegenseitig hochschaukeln und verhärten, verdichtet sich der Gewaltdiskurs auf das Recht zur „Gegengewalt“. Sie gilt als legitimes Mittel der Abwehr wie der Verteidigung des demokratischen Rechts auf öffentliche Kritik und Demonstration. Egal, ob er laut oder lustig, frech oder fröhlich daherkommt, der politische Protest wird fortan offensiv praktiziert. Behinderungen durch polizeiliche Absperrungen und Auflagen provozieren. Um gehört zu werden, ist auch der Protest auf Provokation angewiesen. Widerständigkeit verschiebt die Parameter von Legitimität und

Legalität. – Der Diskurs zur „Gewaltspirale“ von SDS und APO in Hamburg zwischen 1966 bis 1969 wird hier nachgezeichnet.¹

Zur Einschätzung der „Gewaltfrage“ sind drei Aspekte zu bedenken:

- Die Rückschau auf 1968 vermittelt oft den Eindruck, die Bewegung zeichne sich durch eine ungewöhnlich heftige Gewalttätigkeit zwischen Polizei und Protestierenden aus. Ausgeblendet wird dabei, dass das Gewalttabu in den 1960er Jahren andere Grenzen setzt als heute: 20 Jahren nach Kriegsende ist offene Gewalt mit dem Rohrstock als Drohung, Strafe und Züchtigungsmittel in Schulen und Familien an der Tagesordnung. Schläge, Härte und Misshandlung von Kindern und Frauen gilt definitiv als Privatsache. Darüber redet „man“ nicht. In Fußballstadien und bei Volksfesten gehören Schlägereien zum selbstverständlichen Gaudi. Vandalismus auf den Straßen und Prügeleien auf dem Schulhof sind Alltag. Verletzte gehen zum Arzt, nicht zur Polizei.
- Die Hamburger Polizei hat vor 1968 Erfahrungen mit Einsätzen gegen jugendliche „Randalierer“. Nach dem Rolling-Stones-Konzert im September 1965 durchbrechen 2000 Fans die Absperrungen und werfen auf dem Weg in die City Schaufenster ein. Es gibt Verletzte auf beiden Seiten. Zu ähnlichen Ausschreitungen kommt es Ende Juni 1966 bei zwei Konzerten der Beatles. Die Presse ordnet die Vorfälle als „Randalie“ von Jugendlichen, „Rabauken“, Rockern, Rüpeln etc. ein. Punktuelle „Jugendaufruhr“ gibt es schon 195–1959.² Vor allem die Springerpresse hetzt später in diesem Stil gegen politische Kundgebungen. Sie werden zumeist aggressiv negativ kommentiert und diffamiert.
- Die starke Identifikation des SDS mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und mit ihrem bewaffneten Kampf für unabhängige sozialistische Gesellschaften spielt eine große Rolle für das Verständnis von Gewalt als Mittel der Politik. Lange vor 1968 befasst der SDS sich intensiv mit Analysen zu politischen Gewaltakten, Umstürzen und Revolutionen in Europa, Asien, Südamerika und Afrika.³ Mitglieder

1 Die Gewaltpraktiken sind gut dokumentiert, die Diskussionen weniger. Sie waren intensiv und ausgiebig, streitbar und zielorientiert auf Auswertung und Analyse orientiert. Das Lernen aus Erfahrung, aus den Erfolgen wie dem Scheitern, stand im Mittelpunkt. Notizen und Erinnerungen dazu bestimmen die Sichtweise des Autors. Er war seit Anfang 1967 der 2. Vorsitzende des SDS-Landesverbands (LV) Hamburg und ab Mitte 1968 Mitglied des Führungskollektivs und 1. Vorsitzender des LV Hamburg.

2 Schon in den Jahren 1957–1959 gibt es ein starkes Aufbegehren gegen die autoritären, einschränkenden Lebensbedingungen der Jugend: die „Halbstarken-Krawalle“. Auch in Hamburg kommt es am 27. Oktober 1958 zu schweren Krawallen nach einem Rock and Roll Konzert mit Billy Haley. (W. Kraushaar: Die Protestchronik 1958, Bd. 2, S. 27.10.1958, Hamburg 1996). Die neue Musik aus Amerika und andere „neomodische“ Attitüden der Kleidung, Frisur u.a. gelten als erste kulturelle Wende („Amerikanisierung“) der Nachkriegszeit. Diese Phase der Jugendrebellion erlebten einige ältere 68er wie der Autor noch persönlich und aktiv mit.

3 Im WS 1965/66 führt der SDS-Hamburg sieben Veranstaltungen zur Geschichte des Imperialismus und Neokolonialismus mit Beispielen erfolgreicher früherer und aktueller kolonialer Revolutionen durch (vgl. „Chronik“, Phase 1, PDF, S. 9 auf dieser Webseite). In einer Sondernummer der internen „SDS Kor-

bearbeiten diese Themen im Studium, bereisen die Länder und erweitern ihre Erkenntnisse laufend. Als sie polizeiliche Gewalt wiederholt erleben, wie bei Vietnamdemos, bei Aktionen für demokratische Reformen der Hochschulen, bei Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung etc. beeinflussen die Modelle kolonialer Revolutionen den Diskurs über staatliche Gewaltpraxen ebenso wie über Gegengewalt in westlichen Metropolen.

1. Polizeigewalt⁴ und Provokationen (1966/67)

1.1. Polizeiknüppel gegen Demonstrationsfreiheit – der friedliche Vietnamprotest vor dem amerikanischen Konsulat im Juli 1966

Am 4.7.1966 kommt es im Anschluss an eine genehmigte Demonstration gegen den Vietnamkrieg zu einer Spontanaktion: 500 Menschen strömen zum US-Konsulat. Sie wollen ihre Forderung, den schrecklichen Vietnamkrieg zu beenden, direkt zum amerikanischen Generalkonsulat an der Alster tragen. Dass sie gegen Polizeiauflagen verstoßen, hält sie nicht auf, im Gegenteil: Sie sind mit ihren Transparenten stundenlang durch kleine, stille Seitenstraßen gelaufen, wissen, dass im US-Konsulat der Unabhängigkeitstag gefeiert wird und wollen einfach hingehen, um sich und ihr Anliegen vorzuzeigen, friedlich, fröhlich, freudig, – auch durstig und erschöpft. Das schwülwarme Sommerwetter lockt an die Alster, – vielleicht kann man mitfeiern, diskutieren, sich verständigen, essen und trinken wie beim Blütenfest des japanischen Konsulats?

Weit gefehlt. Die Feiernden stehen auf dem großen Balkon im Freien und rumoren, zeigen Hitlergrüße und werfen vereinzelt leere Bierflaschen in die Richtung der Demonstranten und ihrer Transparente. Die Polizei schaut zu. Als einige Teilnehmer in die Richtung des hohen Zauns am Konsulat gehen, greifen Polizisten ohne Vorwarnung mit Wasserwerfern und Knüppeln ein. Die Leute rennen, stürzen, werden getreten, weggezerrt, verprügelt, z.T. verletzt.

Das ist ein Schock für viele, empört treffen sich die Demonstranten anschließend, um Zeu- genaussagen zu sammeln. Sie diskutieren den Eingriff als Überfall, veranstalten eine Pres- sekonferenz und veröffentlichen in ihrer Zeitung „Auditorium“ einige Artikel zu diesem Ereignis.

respondenz“ stellt 1966 Rudi Dutschke eine kommentierte Bibliografie des revolutionären Sozialismus von Karl Marx bis zur Gegenwart vor. https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/SDS/SDS-Korrespondenz/SDS-Korrespondenz_1966_03a.shtml.

4 Eine kritische Analyse der Hamburger Polizei, internen Diskussionen und Reformbemühungen inner- halb der Politik und Polizei aus dieser Zeit hat Klaus Weinbauer geschrieben (Titel s. Fußnote 6).

In den studentischen Verbänden von SDS, SHB, HSU dominieren Debatten um das Demonstrationsrecht: Warum werden wir vor dem US-Konsulat brutal attackiert? Dürfen wir nur in leeren Seitenstraßen des Grindelviertels demonstrieren? Darf unser Grundrecht auf Demonstration durch Polizeiauflagen so stark eingeschränkt werden? Wir wollen mit unserer Kritik am Vietnamkrieg überall in Hamburg demonstrieren: Warum nicht vor dem amerikanischen Konsulat und in der Innenstadt? Wir demonstrieren friedlich und stören keine Ordnung und Sicherheit: Warum darf Kritik an der westlichen Sicht auf den Vietnamkrieg nicht laut werden? Ist das wirklich ein Krieg für die Freiheit und für Demokratie?

Das staatliche Gewaltmonopol, durchgesetzt mit dem Polizeieinsatz, wird nach überwiegender Meinung missbraucht. Die Regelverletzung, ohne behördliche Genehmigung vor dem Konsulat zu demonstrieren, sei mit einem unverhältnismäßig harten Polizeieinsatz beantwortet worden. Das löst große Empörung aus. Es gibt andere Möglichkeiten für die Polizei, stellt das „Hamburger Abendblatt“ kurze Zeit später fest.⁵

Zwischen Polizei und Studierenden hatte es in Hamburg seit 1951 keine Konfrontation mehr gegeben.⁶ Das Bild von der Polizei als „Freund und Helfer“ ist durch die Aktion vor dem US-Konsulat schwer beschädigt worden. Der nächste Konflikt folgte bald.

Obi Ifeobu schadet der deutsch-amerikanischen Freundschaft?

Im Anschluss an eine weitere friedliche Demonstration gegen den Vietnamkrieg am 17.2.1967 im beschaulichen Grindelviertel geht eine kleine Gruppe von Demonstranten, unter ihnen der Medizinstudent Obi Ifeobu aus Nigeria, zum Hauptbahnhof und beginnt einen Sitzstreik. Das ist eine gezielte Regelverletzung. Sie richtet sich gegen die Beschränkung des Demonstrationsrechts. Der Hauptbahnhof liegt in der Bannmeile, spontane Demonstrationen sind untersagt.

Es kommt zu einer Rangelei mit der Polizei. Die Aussagen zu dem Zwischenfall sind widersprüchlich. Auch die Presse mischt sich mit Falschmeldungen ein. Obi Ifeobu wird innerhalb von drei Tagen von der Ausländerbehörde ausgewiesen. Die Begründung lautet: Obi Ifeobu „... hat in besonders schwerwiegender Weise gegen die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassenen Gesetze verstoßen..., zumal die Demonstration in erster Linie gegen ein Land gerichtet war, mit dem die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen unterhält. ... Trotz des an sich schutzwürdigen Interesses an der Fortsetzung und Beendigung Ihrer Ausbildung sieht sich die Behörde gehalten, Ihr besonders feindseliges Verhalten... zum Anlass der sofortigen Ausweisung zu nehmen.“⁷ Die kurzfristige

5 Hamburger Abendblatt, 11.7.1966.

6 Vgl. Klaus Weinbauer: Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und innerer Sicherheit, S. 297, 2003, Paderborn. Am 10.5.1951 eskalierte ein Polizeieinsatz gegen eine studentische Demonstration, die die Fahrpreiserhöhung des Hamburger Verkehrsverein anprangerte/kritisierte.
https://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00045408_00007.html.

7 <https://www.zeit.de/1967/09/exempel-statuiert>.

Abschiebung ist möglich, weil das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nicht für Ausländer gilt.

Ein Proteststurm der Studierenden bricht los. Die Empörung richtet sich gegen die Staatsgewalt in Gestalt der Ausländerbehörde. „Unerträgliche Verfahrensmängel“ werden festgestellt. Der ASTA fordert eine gerichtliche Überprüfung des Falls und kündigt an, das Verwaltungsgericht anzurufen.⁸

Gegen zwölf Teilnehmer der Demonstration im Hauptbahnhof wird ermittelt wegen Aufruhr, Landfriedensbruch, Gefangenenbefreiung, Auflauf, Bannmeilenverletzung, Körperverletzung und Beleidigung.⁹ Die lange Liste der Anschuldigungen soll abschrecken. Die meisten Vorwürfe verlaufen jedoch im Sande oder bleiben aufgrund widersprüchlicher Aussagen der Polizisten gegen Obi Ifeobu den Beweis schuldig.

Diese bittere Erfahrung mit der Staatsgewalt wird immanent mit Kategorien der „Unverhältnismäßigkeit“ und „Verfahrensmängel“ aufgearbeitet.

1.2. Der Schah Besuch und der Polizistenmord an Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967

Der SDS meldet zum Schah-Empfang auf dem Flughafen eine Demonstration an, die verboten wird. Ersatzweise gibt es ein Schah-Happening auf dem Uni-Campus für den 2.6.67, das genehmigt wird. Rudi Dutschke hält die Eröffnungsrede.

Seine Prominenz sorgt dafür, dass der Campus schwarz von Menschen ist. Als der Aida-Triumphmarsch ertönt, wird eine Schah-Skulptur aus Pappmache feierlich enthüllt. Nach der aufrüttelnden Rede von Rudi Dutschke wird sie mit rotem Wackelpudding beworfen; 50x Rote Grütze mit dem Schah Konterfei! Als ein RCDS-Student sich bei einem Polizisten vor Ort beschwert, dass sein Anzug durch Rote Grütze verschmutzt sei, sagt der: „Das ist ein Happening, da kommt man im Anzug?“ Es geht friedlich und fröhlich zu. Wir ahnen nicht, was in der Nacht in Berlin passiert: Bei den Demonstrationen vor der Oper gegen den Schah wird der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

Während des Happenings wird Rudi Dutschke dezent über dramatische Vorgänge informiert. Er will schnell zurück nach Berlin. Keiner weiß, warum. Als nachts durchsickert, dass in Berlin ein Student erschossen wurde, verbreiten sich Angst, Empörung und Entsetzen. Die Nachrichten überschlagen sich, mobilisieren weit über die Universität hinaus. Viele Hamburger, die am nächsten Tag in großen Massen kommen, um den Schah „gebührend“ zu empfangen, wollen ihm ihre Ablehnung und Abscheu zeigen. Dem Aufruf der Regenbogenpresse folgen aber auch viele VerehrerInnen und Schulkinder mit Fähnchen und Blümchen, um das Traumpaar zu sehen und zu bejubeln.

8 Hamburger Abendblatt, 25.2.1967.

9 Hamburger Abendblatt, 8.3.1967.

Am Bahnhof Dammtor, am Hotel Atlantic, am Rathaus und an der Oper, am Flughafen ist der Ansturm von Neugierigen, Verehrern wie Verächtern, enorm. Viele sind mit Protest-Transparenten und Flugblättern unterwegs. Der Schah soll mit kritischen Sprechchören empfangen werden. Keine militanten Aktionen! Es geht darum, das Grundrecht der Versammlungsfreiheit ohne Polizeiauflagen wahrzunehmen und das Schahregime so laut zu kritisieren, dass Presse und Öffentlichkeit aufmerksam werden. Auf allen Plätzen sammeln sich Menschen. Sie werden teilweise mit brutaler Polizeigewalt behindert und verdrängt, um die Straßen für Majestät freizuhalten.¹⁰

Das wird von Studierenden akribisch dokumentiert: Detailliert werden Polizeiübergriffe in Augenzeugenberichten beschrieben, Abläufe und rechtliche Bewertungen gesammelt und vom ASTA am 21.6.1967 publiziert. Als Konsequenz fordert der ASTA eine Überprüfung und Reform der Regeln zur Demonstrationsfreiheit und Polizeiausbildung.¹¹

In Berlin verläuft die Aufarbeitung zunächst ähnlich. Da dort aber nach dem 3.6.67 ein Demonstrationsverbot erlassen wird, das die studentische Opposition nicht akzeptiert, stehen die Zeichen auf Konfrontation mit der Polizei. Auf einer Vollversammlung der FU am 7.6.67 wird diskutiert, wie man mit dem Demonstrationsverbot umgehen soll. Man will trotz des Verbots demonstrieren.

Zum ersten Mal tauchen Vorschläge auf, die das Steinewerfen und die Gefahr, Menschen zu verletzen, riskieren wollen. Das wird wegen der Gefahren tödlicher Verletzungen eindeutig mit Mehrheit abgelehnt. Die Diskussion um Gegengewalt ist damit eröffnet.¹² Die Demonstration wird als Spaziergang deklariert und mit vielen kleinen Gruppen realisiert, um eine harte Konfrontation mit der Polizei zu vermeiden.

1.3. Rudi Dutschke und der Gewaltdiskurs

Rudi Dutschke nimmt einen Monat später am 10.7.1967 in einem Spiegel-Interview zur Gewaltfrage Stellung:

SPIEGEL: Ist das Werfen von Tomaten oder Rauchbomben auch eine Form der direkten Aktion?

DUTSCHKE: Tomaten und Rauchbomben sind ohnmächtige Mittel zum Zeichen des Protests und nichts anderes. Niemand kann sich einbilden, dies sei ein Moment des wirksamen Protestes.

SPIEGEL: Sind Steine wirksamer?

10 https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1967_Schahbesuch.shtml (s.a. diese Dokumentation in unserer Chronik, Datum 3.6.1967 auf dieser Webseite).

11 Ebenda.

12 S. „Ruhestörung – Dokumentation über die Protestbewegung 1967“ – Dokumentarfilm, in unserer „Chronik“, Datum 9.6.67 auf dieser Webseite.

DUTSCHKE: Eine systematische Provokation mit Steinen ist absurd. Steine als Mittel der Auseinandersetzung unterscheiden sich prinzipiell nicht von Tomaten. Tomaten sind ohnmächtig, Steine sind ohnmächtig. Sie können nur begriffen werden als Vorformen wirklicher Auseinandersetzungen.

.....

SPIEGEL: Ihre Reden wurden gelegentlich wegen solcher Wendungen als versteckte Aufforderungen zur Anwendung von Gewalt gedeutet. Predigen Sie Gewalt?

DUTSCHKE: Aufruf zur Gewalt, zu Mord und Totschlag in den Metropolen hochentwickelter Industrieländer – ich denke, das wäre falsch und geradezu konterrevolutionär. Denn in den Metropolen ist im Grunde kein Mensch mehr zu hassen. Die Regierenden an der Spitze – ein Kiesinger, Strauß oder was auch immer – sind bürokratische Charaktermasken, die ich ablehne und gegen die ich kämpfe, die ich aber nicht hassen kann wie einen Ky in Vietnam oder Duvalier in Haiti.

SPIEGEL: Diese Differenzierung – Gewalt dort, keine hier – erklärt sich für Sie ...

DUTSCHKE: ... aus dem prinzipiellen Unterschied im Stand der geschichtlichen Auseinandersetzung. In der Dritten Welt: Haß der Menschen gegen die Form der direkten Unterdrückung, repräsentiert durch Marionetten; darum Kampf gegen diese. Bei uns: Attentat auf unsere Regierungsmitglieder – das wäre absoluter Irrsinn; denn wer begreift nicht, daß bei uns heute jeglicher an der Spitze austauschbar ist. Die terroristische Gewalt gegen Menschen ist in den Metropolen nicht mehr notwendig.

SPIEGEL: Sie verneinen also Gewalt nicht grundsätzlich, sondern nur unter den obwaltenden Umständen?

DUTSCHKE: Ganz sicher wird niemand behaupten können, daß es überhaupt keine Gewalt innerhalb des Prozesses der Veränderung geben wird. Gewalt ist constituens der Herrschaft und damit auch von unserer Seite mit demonstrativer und provokatorischer Gegengewalt zu beantworten. Die Form bestimmt sich durch die Form der Auseinandersetzung. In Berlin hat sich die Gewalt auf Seiten der Senatsexekutive exemplarisch in der Erschießung von Benno Ohnesorg tatsächlich gezeigt. Wir können nun innerhalb dieser Auseinandersetzung nicht sagen: Greifen wir mal zu den Maschinengewehren und führen wir die letzte Schlacht.

SPIEGEL: Sondern?

DUTSCHKE: Sondern wir müssen ganz klar sehen, daß unsere Chance der Revolutionierung der bestehenden Ordnung nur darin besteht, daß wir immer größere Minderheiten bewußt machen; daß das antiautoritäre Lager immer größer wird und damit beginnt, sich selbst zu organisieren, eigene Formen des Zusammenlebens findet – in Berlin eine Gegen-Universität etwa, oder Kommunen oder was auch immer. Gleichzeitig muß das Bestehende unterhöhlt und Neues herausgebildet werden.“

Man kann festhalten, dass Rudi Dutschke zu diesem Zeitpunkt, übereinstimmend mit der Mehrheit der Protestbewegung, offensive Gegengewalt gegen Polizeigewalt ausschließt. Andererseits gilt: Der bewaffnete Kampf der Befreiungsbewegungen in Vietnam, Afrika und Südamerika wird als notwendige, legitime Gegengewalt zur Befreiung von der Kolonialherrschaft anerkannt. Eine Übertragung auf die westlichen Metropolen gilt aber als unangemessen. In Hamburg wird diese Differenzierung von Gewalt als Mittel der Politik weitgehend geteilt.

Ein halbes Jahr später: Propagieren Dutschke und Krahl schon 1967 die Politik der „Stadtguerilla“?

Auf der 22. DK des SDS im September 1967 hält Rudi Dutschke ein Referat, um eine neue Organisationsdebatte anzustoßen. Er fordert die „Propaganda der Tat“ in Metropolen, „welche eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich macht“. Dieses Zitat belege, so 68er-Experten,¹³ dass Dutschke bereits 1967 den Diskurs über Gewalt als probates Mittel der Politik eröffnet habe. Detlev Claussen als Mitverfasser des Referats, weist diese Deutung energisch zurück. Spätere Zeithistoriker hätten die „erste Begründung einer Stadtguerilla hineingelesen“. ¹⁴ Delegierte des SDS besprechen anschließend in ihren lokalen Organisationen keinen entsprechenden neuen Strategievorschlag. Hamburger Teilnehmer erinnern sich nur daran, dass das Referat schwer verständlich war.¹⁵ Das Manuskript bleibt jahrelang verschollen. Heute kann man nachvollziehen, dass es niemanden als neu oder besonders beeindruckte.¹⁶ In internen Diskussionsprotokollen des SDS in Hamburg gibt es keinen Hinweis auf das strategische Konzept: „Gewalt als Mittel der Politik“, getragen von einer Stadtguerilla. Hier stehen Vietnam, Springer, die Diktatur in Griechenland und die Situation an den Universitäten auf der Tagesordnung.¹⁷

1.4. Der Sturz des Kolonialdenkmals Wissmann

Schon 1961 fordert der SDS, das Denkmal für den Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Hermann Wissmann, verantwortlich für Mord und verbrannte Erde in dieser deutschen Kolonie gegen Ende des 19. Jtsd., vom Universitätsgelände zu entfernen. Im August 1967 soll nun Ernst gemacht werden. Vor dem geplanten Termin für den Denkmalsturz kommt es zu einer Diskussion zwischen SDS-Studierenden und Polizeischülern mit ihren Lehrern über das Verhältnis Polizei – Protestbewegung, Demokratie und Demonstrationsrecht. Das

13 Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der 68er Bewegung, S. 285, 2018.

14 Detlev Claussen: Was vom Jahre übrig bleibt. In: Demokratisierung der Deutschen, S. 152, hrsg. von Tim Schanetzky u.a., Göttingen 2020. Vgl. div. Internetquellen zu Rudi Dutschke, Jürgen Krahl Organisationsreferat 1967.

15 Manfred Laueremann: Gewaltdiskurse vor 68 – aus dem Blickwinkel von 2008, in: R. Rilling (Hrsg.), Eine Frage von Gewalt – Linke Antworten, S. 93 f. – Laueremann war Delegierter und Sprecher des SDS Hannover.

16 Das Organisationsreferat im Wortlaut: <http://www.glasnost.de/hist/apo/67dutschke.html>.

17 Materialien des LV HH des SDS 1964 – 1968 (Seifert Materialien) HIS Archiv Hamburg.

Gespräch endet ohne Ergebnis.¹⁸ Eine Gruppe von SDS Mitgliedern versucht am 8.8.1967, Wissmann vom Sockel zu holen. Das scheitert durch den Eingriff der Polizei.

Mit dieser Aktion soll nicht nur ein Symbol des alten deutschen Kolonialismus beseitigt werden. Es soll vor allem eine breitere Öffentlichkeit erreicht werden, um sie über die aktuellen Kolonialkriege in Vietnam und in den portugiesischen Kolonien zu informieren. Zwar gibt es keine deutschen Kolonien mehr, aber mit deutschen Waffenlieferungen an Portugal unterstützt die Bundesregierung aktiv den spätkolonialen Unterdrückungskrieg in Angola! Der Denkmalssturz soll in erster Linie Solidarität mit den Befreiungsbewegungen bekunden.¹⁹ Das zeigt der Film „Landfriedensbruch“.²⁰

Das Denkmal wird beschädigt. Aber für die beteiligten SDSler ist diese Aktion ein politisches „Happening“ wie das „Schah-Happening“. Über Gewalt gegen Sachen wird nicht diskutiert, das gilt als lächerlich angesichts der Kolonialverbrechen Wissmanns und der Waffenlieferungen der BRD für den portugiesischen Kolonialkrieg. Die Beschädigungen seien buchstäblich Kratzer im Vergleich zu den Verbrechen von Wissmann und dem Sterben und Leiden, welche deutschen Waffen immer noch in Afrika verursachen.

1.5. „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ – Störungen und Sprengungen von Veranstaltungen und Vorlesungen – „Landgraf werde hart“

Die mutige Aktion der Studenten Albers und Behlmer, am 7.11.67 vor der feierlich schreitenden Schar der Ordinarien mit dem Transparent „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“ in die Rektoratsfeier im Audi-Max der Universität Hamburg einzuziehen, bewegt die Öffentlichkeit bundesweit. Kaum jemand ahnt in diesem Moment, wie bedeutsam und geschichtsträchtig dieser Spruch sich erweist. Ein professoraler Robenträger wünscht die Protestierer ins KZ. Ein Aufschlag für das, was ansteht: Wenige Tage später erscheint in der ASTA-Zeitung „Auditorium“ von R. Oberlercher der Beitrag „Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension“. Dem Erziehungswissenschaftler Prof. Wenke wird jede Wissenschaftlichkeit abgesprochen. Seine Vorlesungen seien unerträglich ermüdend. – Die harsche Kritik an der wissenschaftlichen und pädagogischen Qualifikation mündet in Hin-

18 „Landfriedensbruch“ Film von Theo Gallehr (s. in unserer „Chronik“, Datum 8.8.1967 auf dieser Webseite).

19 Im Aufruf zum Wissmann Sturz am 8.8.1967 hieß es: „...Die Bundesrepublik...unterstützt den Krieg gegen die Befreiung der Dritten Welt nach Kräften. Sie unterhält freundschaftliche Beziehungen zu Spanien, Portugal und Südafrika, sie beliefert die portugiesische Regierung mit ausrangierten Bundeswehrflugzeugen zur Unterdrückung des Freiheitskampfes in Angola und unterstützt moralisch und materiell den Völkermord der USA in Vietnam. Die WISSMÄNNER sind noch unter uns, stürzen wir wenigstens ihre Denkmäler“ (s. SDS Flugblatt im Ordner Dokumente unter August 1967, Datum 7.8.1967 auf dieser Webseite).

20 „Landfriedensbruch“, ebenda.

weise auf Wenkes Tätigkeit in der Nazizeit: „Allerdings: Wenke ist kein ‚Grenzfall‘, er ist keineswegs extrem. In einem Land, wo KZ-Erbauer, Renegaten und Alt-Nazis die höchsten Regierungsposten besetzen, ist ein alternder Ideologe des pädagogischen Hitlerismus ein fast gemütlicher Normalfall“.²¹ Und dann heißt es: „Angesichts des ritualisierten Vorurteils ... muß Vernunft, so sie überhaupt noch etwas ausrichten will, ihrer geschichtlichen Dimension sich erinnern und zur revolutionären Gewalt greifen. Akademische Zumutungen vom Schlage Wenkes sind nur dadurch zu kritisieren, daß man sie sprengt.“²²

Auf diesen Aufruf zur „revolutionären Gewalt“ folgt zunächst nichts. Dann verweist Prof. Wenke am 30.11.67 den Rezensenten aus seinem Hauptseminar. Der ASTA fordert Prof. Wenke auf, ihn wieder in sein Seminar aufzunehmen: „... Mit seinem Hinauswurf wurde ein Präzedenzfall geschaffen, der Schule zu machen droht. Vorlesungs- und Seminarrezensionen gehören zur akademischen Lehr- und Lernfreiheit. Repressalien gegen einzelne studentische Kritiker sind nur durch die Solidarität aller Studenten abzuwehren. Kommt solche Solidarität nicht zustande, kann die beginnende Vorlesungskritik im Keim erstickt werden“.²³ Prof. Wenke bleibt bei seinem Verweis. Der SDS propagiert daraufhin einen aktiven Boykott (Go In) seiner Vorlesung. Am 7.12.67 kommen 1500 Studenten ins Audimax. Prof. Wenke erscheint nicht. Im Hamburger Abendblatt charakterisiert Ursula Weiner den Boykott als Happening.²⁴ Es folgen weitere Vorlesungsboykotte, auch bei Prof. Thielicke, Theologie, der sich mit Wenke solidarisiert. Er vergleicht die Provokationen mit dem Terror der Nazis.²⁵

Am 1.12.67 besuchen SDS- und linke Theologie-Studierende den Weihnachts-Gottesdienst des Theologen Thielicke, um an den Vietnamkrieg zu erinnern: „Die meisten Christen in der Bundesrepublik schweigen über Vietnam. Helfen Sie mit, diesem Schweigen ein Ende zu machen, damit wir nicht wieder schuldig werden, weil wir geschwiegen haben. (...) Wir können nicht in den Gottesdiensten den Gott der Liebe bekennen, wenn wir nicht gleichzeitig protestieren gegen das Morden in der Welt.“

Laut und vernehmlich beteten die Protestler das „Vaterunser“ mit:

„Kapital unser, das Du bist im Westen, amortisiert werde Deine Investition. Dein Profit komme. Deine Kurse steigen, wie in Wallstreet, also auch in Europa. Unsern' täglich Umsatz gib uns heute und verlängere uns unsere Kredite, wie wir sie stunden unseren Gläubigern. Und führe uns nicht

21 Reinhold Oberlercher: Wenke – oder die Unmöglichkeit einer Rezension, in: Auditorium, Nr. 50, November 1967, S. 11,

https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/009/Hamburg_VDS_Auditorium_1967_50.shtm.

22 Ebenda.

23 ASTA-Info, zitiert nach Ursula Weiner: Handfester Krach zwischen Professor Wenke und Studenten, Wieder wurde das Audimax zum brodelnden Kessel, Hamburger Abendblatt 8.12.67 (s. in unserer „Chronik“, Datum 8.12.1967 auf dieser Webseite).

24 Ursula Weiner a.a.O.

25 S. unsere „Chronik“ im Zeitraum vom 6.12.67 – 31.1.68 auf dieser Webseite, die Boykotte, Aktionen und Reaktionen zu Wenke und Thielicke, speziell Hamburger Abendblatt.

in Konkurs, sondern erlöse uns von den Gewerkschaften. Denn Dein ist die halbe Welt und die Macht und der Reichtum seit zweitausend Jahren. Mammon.“

Durch lautes Orgelspiel wird der Protest schließlich übertönt, eine Diskussion findet nicht statt.

Dieser „Skandal“ zieht eine weitere Aktionen nach sich. Der SDS ruft für den 13.1.68 zu einem zweiten Kirchenbesuch des Theologen Thielićke im Hamburger Michel auf. Er holt seinen Freund, einen Brigadegeneral der Bundeswehr, zu Hilfe. Dieser besetzt mit 70 Bundeswehrsoldaten in Zivil zum „Schutz des Gottesdienstes vor Störern“ den heiligen Kirchenraum. Der Einsatz der Bundeswehr ist äußerlich ein ziviler Einsatz, aber es bleibt ein Einsatz der Bundeswehr in einer Kirche, und er findet lobende Worte in der ersten Bundestagsdebatte zu den Studierendenprotesten 1967/68 in der BRD. Der Bundestagsabgeordnete Richard Jaeger (CSU), ehemaliger Bundesinnenminister, schwärmt vom „Bürger in Uniform“ und ruft **„jedem Ministerpräsidenten, jedem Rektor und Polizeipräsidenten zu: Landgraf werde hart!“**²⁶ Damit ist eine Linie für den Umgang mit den Studierendenprotesten vorgegeben.

Nach einem Gutachten des Bundesinnenministerium zu den „Studentenunruhen“ gelten Kritiken, die Vorlesungen und Übungen stören und sprengen, als ein Akt der Gewalt: „Anderdenkende werden an der Ausübung ihrer Rechte gehindert“.²⁷ Ähnliche Auffassungen vertreten auch das Rektorat und viele Lehrende an der Universität Hamburg.

1.6. Erstes Fazit

In der Zeit vom Sommer 1966 bis Anfang 1968 ist das Gewaltgeschehen einerseits geprägt von unverhältnismäßigen Polizeieinsätzen zur gewaltsamen Durchsetzung von zweifelhaften Demonstrationsauflagen und andererseits von provokanten Happenings mit kleineren Sachbeschädigungen und Vorlesungsstörungen. Sprachlich bewegen sich die Begriffe in einem radikaldemokratischen Rahmen. Diskurse zu demokratischen Grundrechten werden angestoßen: zum Beispiel zur Versammlungsfreiheit, zur gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaften, zum Privateigentum usw. Immer geht es um die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit an die Politik der Regierenden. Regelverletzungen sind Tests, die die Bedeutung und Grenzen der Grundrechte ausloten. Radikale Rhetoriken wie „revolutionäre Gewalt“ bleiben noch die Ausnahme. Die inhaltlichen Anliegen des Protestes wollen die offizielle Politik und die meisten Medien weder wahrnehmen noch diskutieren. Sie setzen gegen diese Inhalte und Beweggründe des Protestes mit der Polizei auf Ruhe und Ordnung.

26 S. im Ordner „Medien – Film und Tondokumente“ auf dieser Webseite das Tondokument zur Thielićke Aktion und das Filmdokument eines Ausschnitts aus der Bundestagsdebatte zu den Studentenunruhen 1967/68.

27 Bundesinnenministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Studentenunruhen, S. 50 f., 1969, Bergisch Gladbach.

2. Widerstand – Polizeigewalt – Gegengewalt (1968)

2.1. „Springer hat mitgeschossen“ – das Attentat auf Rudi Dutschke Ostern 1968

Bereits vor dem Attentat auf Rudi Dutschke und den Osterdemonstrationen 1968 finden in Hamburg mehrere große Protestaktionen gegen den Krieg der USA in Vietnam, einschließlich seiner Unterstützung durch die BRD, für die Nationale Befreiungsfront in Südvietnam statt. Die Auseinandersetzungen an der Universität treten dahinter zurück. Am 30.1.1968 greift die Befreiungsfront (Vietcong) in der „Tet-Offensive“ 44 Provinzhauptstädte und 50 amerikanische Stützpunkte an und erreicht Saigon.

Der Polizeichef von Saigon erschießt vor laufenden Kameras und in aller Öffentlichkeit einen gefesselten Vietcong. Das Foto geht um die Welt.²⁸ Der Protest flammt auf und die Springerpresse hetzt maßlos, vor allem in Berlin.

Der SDS Hamburg ruft für den 9.2.1968 zu einer Kundgebung gegen den Vietnamkrieg auf der Moorweide auf. Sie verläuft friedlich. 2000 Teilnehmer gehen anschließend in einer spontanen Demonstration zum Springerhaus in der Kaiser-Wilhelm-Straße. 400 Demonstranten versuchen, durch Blockaden der Zufahrten die Auslieferung der Springerzeitungen zu verhindern. Durch einen Steinwurf wird ein Zeitungswagen beschädigt, auch zwei Fahrer werden leicht verletzt. Der Steinwerfer wird festgenommen. Die Polizei hält sich zurück. Innensenator Ruhau sagt, es handele sich nicht um organisierte Gewaltakte, sondern um Unsinn von Halbwüchsigen.²⁹

Völlig überraschend für den SDS berichtet die „Tagesschau“ trotz des friedlichen Verlaufs von einer großen Demonstration in Hamburg mit umgekippten Autos auf dem Jungfernstieg.³⁰ Andere Medien mischen die Nachricht ähnlich aggressiv auf, besonders die Springerzeitungen konstruieren weitere Falschinformationen mit Zuspitzungen und Übertreibungen. Die Hetze zielt auf Studenten, besonders auf den SDS. Angeprangert werden Proteste gegen den Vietnamkrieg in vielen Städten der BRD und gegen die eigene „Schutzmacht“ USA.

Am 11. April 1968, nur zwei Monate später, schießt der 24-jährige Hilfsarbeiter Josef Bachmann mit seinem Revolver auf Rudi Dutschke, der schwer verletzt wird. Alle rechnen an den Ostertagen mit der schlimmsten Nachricht. Aber er überlebt.

28 Wolfgang Kraushaar: Die 68er Bewegung, Bd. 3, in: Eine illustrierte Chronik, S. 34 ff.

29 Bildzeitung, 10.2.1968.

30 Hamburger Morgenpost, 10.2.1968, S. 74.

Ostern 1968

Noch am gleichen Abend findet eine spontane Demonstration zur Geschäftsstelle des Hamburger Abendblatts statt: Die Leute sind geschockt. Wut und Trauer, Angst und Ohnmacht dominieren, auch Hilflosigkeit, Verzweiflung. Als erste Steine fliegen, greift niemand ein, viele beteiligen sich, ohne dass sie zurückgehalten werden, zwei große Scheiben bersten. Das ist ein Zeichen: Wir lassen uns die mörderischen Machenschaften nicht gefallen! „Diese ersten Steinwürfe in Hamburg waren richtungsweisend für die Eskalation von Gewalttätigkeiten in den folgenden Tagen.“^{31,32}

Ausgangsposition der Demonstranten

Am 2. Juni 1967 war Benno Ohnsorg von der Polizei erschossen worden. Kaum ein Jahr danach wird ein Attentat auf Rudi Dutschke verübt. Die Protestbewegung folgert unmissverständlich: „**Bild hat mitgeschossen**“! Das Feindbild ist klar. Der Bundesvorstand des SDS ruft zur Blockade der Auslieferung von Springerzeitungen auf.

Als ASTA-Vertreter, der dem rechten Flügel des SHB angehört, sagt Jens Litten: „Unser bisheriger Protest gegen die **autoritär-faschistischen Tendenzen** konnte diese nur bloßlegen. Jetzt müssen wir jedoch den offenen Kampf gegen sie beginnen.“³³ In Hamburg sollen alle Zufahrten des Springerhauses in der Innenstadt blockiert werden. Der SDS plant die Blockaden und setzt für jede Zufahrtsstraße einen Verantwortlichen für die Organisation ein. Alle Zufahrten sollen mit Demonstranten besetzt werden. Gegen durchbrechende Springerfahrzeuge wird Verstärkung organisiert. Megaphone dienen als Kommunikationsmittel. Allein die Masse von Demonstranten und Sitzstreikenden soll Fahrzeuge stoppen. Der Bau von Barrikaden wird nicht geplant. Über Steinwürfe wird vorher nicht diskutiert. **Soweit die Planung.**³⁴ Die Blockaden werden nicht als Gewalt verstanden, sondern als Prävention und passiver Widerstand gegen die aggressive und manipulative Mediengewalt des Springerkonzerns. Die Hauptforderungen dieser Blockaden waren:

- Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol..., Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle, („Enteignet Springer“).
- Abschaffung der Konsumpropaganda und Ersatz durch sachkundige Verbraucherinformation.

31 Chronik der Demonstrationseignisse vom 11. – 15 April 1968 in Hamburg. ASTA-Dokumente I/1968 https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1968_Rudi_Dutschke.shtml.

32 Ausführlich beschrieben sind die folgenden Demonstrationen in dem Exkurs „Die Hamburger Osterdemonstrationen 1968 und die sich daran anschließenden Aktionen“ im Ordner „Beiträge“ auf dieser Webseite. Weitere Informationen zu den Osterdemonstrationen in Hamburg unter https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/Hamburg_Hochschulen_1968_Rudi_Dutschke.shtml.

33 Hamburger Abendblatt, 13.4.1968.

34 Zeitzeugen Karl Heinz Roth, Arwed Milz (der Autor), sie waren Mitglieder des Organisationskomitees für die Blockadedemonstration am 12.4.68.

- Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von staatlicher Verwaltung.
- Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Repressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.³⁵

Ausgangsposition der Polizei

Aus dem Blockadeaufruf des SDS folgert der Kommandeur der Hamburger Schutzpolizei in Anwesenheit des Innensenators Ruhnau: „Daraus erwächst uns der Auftrag, in erster Linie objektschutzmäßig vorzugehen und die Springerbetriebe zu schützen und dafür Sorge zu tragen, dass die Auslieferung der Zeitungen planmäßig vor sich geht.... **Es werden nicht nur Randalisten uns gegenüberstehen, die wir als Kriminelle oder als Kommunisten.... bezeichnen**, sondern wir werden es auch mit Leuten zu tun haben, die mitgerissen werden von diesem Gefühlsaufschwung. Wir meinen, es ist gut und richtig, in diesem Fall so stark wie möglich aufzutreten, d.h. die Objekte, die wir zu schützen haben, mit einem Bollwerk von Beamten zu schützen, die sich zunächst passiv verhalten und darauf warten, was die Demonstranten tun werden“.³⁶ Senator Ruhnau betont, es dürfe zu keinerlei Angriffen auf die Einrichtungen des Springerverlages kommen, das sei wichtiger als die Gewährleistung der Auslieferung der Zeitungen.³⁷

Kernereignisse der Gewalteskalation am Karfreitag den 12. April 1968

Die Polizei hat alle Zugangsstraßen, das Verlagshaus und die Druckerei von Springer durch sog. „Hamburger Gitter“ abgesperrt bis auf eine in der Nähe liegende U-Bahnbaustelle mit Baumaterial und Steinen, – die offen zugänglich ist. Mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei und zusammengewürfelte Polizisten aus diversen Polizeiwachen und zwei Wasserwerfer sind vor Ort. In zwei Demonstrationssägen strömen ca. 2000 Studierende, Schüler, Lehrlinge/Jungarbeiter, auch ältere Bürger, in die Kaiser-Wilhelm-Straße vor das Springerhaus. Die meisten lassen sich zu einem Sitzstreik nieder. ASTA- und SDS-Funktionäre fordern über Megafone auf, sich auf alle Zufahrtsstraßen zu verteilen. Mühsam gelingt es, etliche dazu zu bewegen sich auch an anderen Orten und Stellen zu platzieren.³⁸

Einige Demonstranten versuchen, die „Hamburger Gitter“ aufzureißen und hinter die Absperrung zu gelangen. Mit polizeilichen Eingriffen, mit Stockschlägen und Festnahmen, werden diese Versuche verhindert. Über Megafone wird auch von Seiten der Demonstran-

35 Vgl. hierzu die zweiseitige „Stellungnahme des SDS zu Springer“ im Ordner Dokumente, Datum 12.4.1968 auf dieser Webseite.

36 Protokoll der Vorbesprechung zur Einsatzplanung, zitiert in: Detlev Hohn: Wir waren auch dabei, Ostern 1968 in Hamburg, S. 73. Norderstedt 2013 – **Detlev Hohn** war als junger Polizist Ostern 1968 im Einsatz.

37 Ebenda, S. 116 ff.

38 Rosenthal: Von der Revolte zur Revolution, Dokumentarfilm. Ausschnitte in: Thomas Thielemann: Die Hamburger Osterunruhen 1968 und die sich daran anschließenden Aktionen, S. 3. Im Ordner „Beiträge“ auf dieser Webseite.

ten aufgefordert, die Absperrgitter nicht zu durchbrechen. Man will die Auslieferung der Zeitungen verhindern, nicht das Springerhaus besetzen. Inzwischen bauen Demonstranten mit Materialien von der U-Bahnbaustelle auch Barrikaden, um sich vor Wasserwerfern zu schützen und den Durchbruch von LKWs mit Zeitungen zu behindern. Danach beruhigt sich zeitweilig die Situation, Demonstranten diskutieren auch mit den Polizisten hinter den Absperrgittern.

Gegen 23 Uhr startet der erste Durchbruchversuch über die Fuhlentwiete, Caffamacherreihe in Richtung Glockengießerwall mit dem Code „Blendax“. „So ein Stichwort hatte nicht selten Symbolik. Die Firma Blendax war bekannt für Zahnpasta. Ein Stichwort ‚Blendax‘ konnte also an diesem Tag heißen: ‚Wir zeigen euch die Zähne‘ Oder: ‚Wir putzen euch weg‘ “. ³⁹

Der Durchbruch ist sorgfältig vorbereitet und organisiert: Die Zeitungen kommen in einem Konvoi von LKWs, deren Frontfenster mit dicken Zeitungsbündeln und kleinen Seh-schlitzfenstern präpariert sind. Zwei Züge Bereitschaftspolizei und ein Wasserwerfer stehen vor dem Konvoi, ein dritter Polizeizug dahinter. Sitzstreikende Demonstranten und eine Barrikade versperren den Weg. Über Lautsprecher wird dazu aufgefordert, die Straße unverzüglich zu räumen, sonst werde der Wasserwerfer eingesetzt. Nach der dritten Aufforderung treten der Wasserwerfer und die Gummiknüppel der Polizei in Aktion. Demonstranten werden geschlagen. Steine fliegen gegen die LKWs und treffen auch Polizisten. Die Demonstranten ziehen sich hinter die Barrikaden zurück. Der Durchbruch stockt. Großer Jubel bei den Demonstranten, Ärger bei den Polizisten. ⁴⁰ Der zweite Durchbruch an der Stadthausbrücke gegen 24 Uhr gelingt mit Wasserwerfern und brutalem Knüppelinsatz. Demonstranten werden noch am Boden sitzend geschlagen, weggetragen oder festgenommen. Schmerz, Wut und Empörung bei den Demonstranten, Steine werden nur vereinzelt geworfen. Detlev Holm, der junge Polizist im Einsatz, berichtet über seine Kollegen: „Wenn sie einen oder eine, das war ihnen ganz egal, erwischten, dann schlugen sie mit ihren Gummistäben zu. Allein oder zu zweit. Es war ihnen egal, ob der oder die, wenn sie den Unterschied in der Dunkelheit überhaupt sahen, ob sie friedlich oder gewalttätig waren“. ^{41, 42}

Kernereignisse der Gewalt am Ostermontag, den 15. April 1968

Zum Ostermontag den 15.4.1968, hat der traditionelle Ostermarsch 1968 zur Kundgebung auf der Moorweide aufgerufen. Für den ASTA rät Jens Litten vor 4000 bis 5000 Teilnehmern von weiteren Aktionen ab. Es zeige sich, dass Gewalttaten nicht ausgeschlossen werden könnten und die Polizei auch gegen gewaltlosen Widerstand brutal vorgehe. Wörtlich

39 Detlev Holm, a.a.O., S. 107.

40 Derselbe, S. 116 ff.

41 Derselbe, a.a.O. S. 123, 125.

42 Zeugenaussagen zu Karfreitag, den 12. April 1968 in: Chronik der Demonstrationsergebnisse vom 11. – 15. April 1968 in Hamburg. ASTA-Dokumente I/1968.

sagt er: „Es kann nicht in unserer Absicht liegen, weitere, noch schärfere Auseinandersetzungen zu provozieren. Das gegenwärtige politische Klima lässt offenbar gewaltlose Auseinandersetzungen nicht zu.“⁴³

SDS und SHB wollen die Demonstration fortsetzen. Das wird beschlossen und ein weiterer Blockadeversuch erfolgt. Am Springerhaus sind zweireihige Stacheldraht- und Nato-Drahtrollen ausgelegt. Erste Scharmützel mit Knüppelszenen und Festnahmen finden beim Eintreffen der Demonstranten am Karl Muck Platz, in der Jungiusstraße und Drehbahn statt. Gegen 18.30 versucht ein VW-Bus des Springerverlags, im Kornträgergang die von Demonstranten noch nicht fest geschlossene Zufahrt zu durchbrechen. Ein SDS-Mitglied will mit ausgebreiteten Armen den Wagen stoppen. Der Fahrer gibt Gas, erfasst die Person, schleift sie sieben Meter weit und lässt sie links auf die Straße liegen. Der Fahrer begeht Fahrerflucht. Das SDS-Mitglied wird schwer verletzt ins Hafenkrankenhaus gebracht. Nach weiteren harten Polizeieinsätzen werden die Blockadeversuche abgebrochen. Alle ziehen sich zurück ins Audi-Max der Universität. Während der Diskussion kommt die Information, dass Greiftrupps der Polizei einige Mitglieder des SDS festnahmen. Die Versammlung im Audi-Max beschließt, eine Delegation zum Polizeipräsidium zu begleiten, die die Freilassung der Verhafteten durchsetzen soll.

Um 22.45 wird die sechsköpfige Delegation im Polizeipräsidium abgewiesen. Eine halbe Stunde später trifft der Demonstrationszug vor dem Präsidium ein. Die Masse setzt sich unter die Arkaden des Polizeihochhauses auf den Boden. Sprechchöre fordern *„Freiheit für den SDS“*, *„Ruhnu raus“*, *„Wir wollen alle heute noch in Schutzhaft“*, *„Ruhnu ist ein Hampelmann und da zieht der Springer dran.“* Kurz darauf fährt eine vom Springerhaus abgezogene Polizeihundertschaft vor. Mit gezogenen Knüppeln springen 150 bis 200 Polizisten heraus, stellen sich in Zugformation auf und beginnen unvermittelt, mit äußerster Brutalität auf die Sitzenden einzuschlagen. Ausgelöst wird dieser umstrittene Einsatz durch die Falschmeldung, die Demonstranten seien drauf und dran, in das Gebäude einzudringen. Sie werden nach dem *„Leberwurstprinzip“* (Duensing/ Berlin) geteilt und auseinandergetrieben. Dann jagen kleine Polizeieinheiten flüchtende Demonstranten mit Schlagstöcken und Tränengas in Richtung Hauptbahnhof.

Die Bilanz: unzählige verletzte und bewusstlos geschlagene Demonstranten und einige verletzte Polizisten. Gegen Mitternacht löst sich die Demonstration auf. Der blutigste Einsatz an den Ostertagen ist beendet.^{44, 45}

43 Hamburger Abendblatt, 16.4.1968, S. 3.

44 Thomas Thielemann a.a.O.

45 Bericht und Zeugenaussagen zu Karfreitag, den 12. April. In: Chronik der Demonstrationsereignisse vom 11. – 15 April 1968 in Hamburg. ASTA-Dokumente I/1968; Deltlev Hohn, a.a.O. S. 158 ff.; Rosenthal a.a.O. Dokumentarfilm; Vgl. auch Innenausschusssitzungen vom 6., 7. und 18.6.1968, AdB; BFHH 6. WP DS Nr. 1417 vom 26.6.1968: Bericht des Innenausschusses über die Osterunruhen 1968 in Hamburg.

Diskussion und Beurteilung der Gewalt bei den Osterdemonstrationen durch:

– Den ASTA der Universität

Die Demonstration fordert die Politik zum Handeln auf: zu gesetzgeberischen Maßnahmen gegen das Pressemonopol von Springer. In den Demonstrationen kommt es zu Gewalt gegen Sachen bei der Belagerung des Springerhauses, nicht zu verbreiteter oder systematischer Gewalt gegen Personen (Polizisten). Sitzstreiks sind in ihrer Passivität jederzeit ohne physische Gewaltanwendung gegen Personen zu beenden, (z.B. durch Wegtragen der Sitzstreikenden).⁴⁶

Aber der passive Widerstand wird durch brutale Polizeigewalt gebrochen. Gewalttätigkeiten von Demonstranten, Mitläufern und Provokateuren kommen vereinzelt vor und rechtfertigen keine massiven Gewalteinsätze der Polizei. Sie legen den Verdacht nahe, dass die Hamburger Polizeiführung „schlagkräftig“ beweisen will, wer „Herr im Hause“ ist.⁴⁷

Bei den Steinwürfen handele es sich „ganz offensichtlich um Einzelaktionen entweder eingeschleuster Provokateure oder rechtsgerichteter Kräfte bzw. **sogeannter Rocker**“⁴⁸, so Jens Litten.⁴⁹ In der ASTA-Zeitung „Zur Sache“, die in einer hohen Auflage an die Hamburger Bevölkerung verteilt wird, stellt der ASTA seine Sicht auf die Osterdemonstrationen mit Fotos und Berichtsartikeln dar: „Bild schoss mit“ und „Mit der Polizei kam die Gewalt“, waren die Hauptschlagzeilen.⁵⁰

– Den SDS

Ein Sprecher des SDS, K. R. F., erklärt: „Wir lehnen Gewalt prinzipiell ab. Wir würden es begrüßen, wenn es andere Möglichkeiten des Protestes gäbe als Demonstrationen. Es wird die Aufgabe der nächsten Tage sein, sich darüber Klarheit zu verschaffen“.⁵¹

Ein anderer Sprecher des SDS, K. H. R., bezweifelt, dass man zwischen Gewalt gegen Sachen und Personen differenzieren kann. Bei Gewalt gegen Sachen kann Gewalt gegen Personen in der Eskalation kaum verhindert werden. Gewalt gegen Polizisten im Einsatz werde abgelehnt, da der einfache Polizist ja gezwungen wird, im Rahmen der Funktionen des „Polizeiapparates“ zu handeln. Sinnvoller sei es, sie über ihre Situation und Rolle aufzuklären und sie als Bündnispartner zu gewinnen.

46 Perspektiven Stellungnahme des ASTA, in: Auditorium Nr. 53, 4/68, S. 5.

47 Holger Oehrens, für den ASTA, in: Chronik der Demonstrationsereignisse vom 11. – 15 April 1968 in Hamburg. ASTA-Dokumente I, S. 2.

48 Die „Rocker“ waren auch ein Lieblingsfeind der Hamburger Polizei, vgl. ausführlich Klaus Weinbauer, ebenda, S. 291 ff.

49 Pressekonferenz des ASTA am 16.4.68 in: Hamburger Abendblatt, 17.4.68.

50 S. „Zur Sache“, herausgegeben vom ASTA der Universität Hamburg, April 1968, unter dem Datum „April“ vor dem Datum 2.04.1968: Spiegel Artikel zum Aufruhr der Studenten.

51 Hamburger Abendblatt, 18.4.1968, S. 3.

Sei es nicht richtiger, die „Institution Polizei“ in ihren Zentren der Polizeiführung anzugreifen?⁵² Einzelne weitere SDS-Mitglieder rechtfertigten Steinwürfe gegen Polizisten als Notwehr.⁵³ In internen SDS-Diskussionen wird die Vorstellung, auf Gewalt und Bewaffnung gegen die Polizei zu setzen, als falsch zurückgewiesen: „Nichts hätte man schlechter durchstehen können als eine direkte Kraftprobe mit der in groteskem Verhältnis militärisch überlegenen Polizei“. Dass Gewaltparolen junge Arbeiter mobilisieren könnten, wird als abwegig abgetan.⁵⁴

– Die Demonstranten

Die überwiegende Mehrheit der Demonstranten sieht das Problem der Gewalt nur auf der Seite der Polizei. Zeugenberichte dienen als Beleg⁵⁵. Einzelne Demonstranten, die Gegengewalt einsetzen, wollen den gewaltsamen Durchbruch der Springerfahrzeuge, die mit Wasserwerfer- und Knüppelinsatz anrücken, stoppen. Sie werfen Steine. Polizisten werden getroffen. Außer sich vor Wut über die Hetze der Springerpresse und den Mordanschlag auf Rudi handeln sie radikal und rabiat und aus Empörung und Rache.⁵⁶ Am Ostermontag gibt es eine friedliche Demonstration. Es überwiegt die Trauer. Man rechnet nicht damit, dass Rudi Dutschke überlebt. Eine Abordnung der Vollversammlung, die im Audimax stattfindet, begleitet eine Gruppe, die die Freilassung der im Polizeipräsidium festgesetzten SDS-Mitglieder verlangen soll. Am Polizeihochhaus beginnt ein Sitzstreik. Steine werden nicht geworfen. Die Polizei greift überfallartig, ohne Warnung an und räumt den Platz.

– Die Polizei

Die Polizei begründet ihren Räumungsbefehl am Karfreitag mit der Absicht, die Auslieferung der Zeitungen in jedem Fall durchzusetzen. Die Härte des Einsatzes mit Gummiknüppeln sei vor allem eine Reaktion auf die Steinwürfe der Demonstranten. Vereinzelt unverhältnismäßige Übergriffe auf Demonstranten sei einzelnen Polizisten zuzuschreiben, die über Verletzungen ihrer Kollegen empört seien. Kritische Stimmen aus den Reihen der Polizei sagen: Der erste Durchbruchversuch an der Barrikade sei ein Fehler, angeordnet vom leitenden Polizeibeamten, der im Springerhochhaus sitzt und keine konkrete Kenntnis von der Situation und Stim-

52 Kurt Rosenthal: Von der Revolte zur Revolution oder warum die Revolution erst morgen stattfindet. Dokumentarfilm, 1968/69.

53 S. Ordner Dokumente unter „1968: Recht und Gewalt, ohne Datum, Verfasser vermutlich SDS Hamburg: Recht und Gewalt, Flugblatt, Hamburg: 1968 auf dieser Webseite.

54 Arbeitspapiere zur Regionalkonferenz des SDS 11. – 13.10.1968, Arbeitspapier 2. Massenaktionen, unnummeriert, letzte Seite. Im Ordner „Dokumente“ unter dem Datum „11.10.1968: SDS-Regionalkonferenz Gesamtbericht“ auf dieser Webseite.

55 Bericht und Zeugenaussagen zu Karfreitag, a.a.O.

56 Zeitzeuge E. M. Gespräch, Juni 2020.

mung vor Ort hat. Man hätte wie in Hannover mit der Auslieferung warten können.⁵⁷

Für den Räumungsbefehl durch den Einsatzführer Holst am Ostermontag vor dem Polizeipräsidium am Berliner Tor sei **ein** einziger Steinwurf ausschlaggebend gewesen. Die Härte dieses Einsatzes erkläre sich mit der Wut über die Vorgänge am Karfreitag.⁵⁸

Bei der späteren Aufarbeitung der Polizeieinsätze durch den Innenausschuss der Bürgerschaft stellen sich erhebliche Kommunikationsmängel, unklare Entscheidungsstrukturen und technische wie organisatorische Mängel bei den Einsätzen der Polizei heraus. Im Ergebnis wird Holst, der als Einsatzführer der Hundertschaft am Polizeihochhaus verantwortlich ist, in eine Polizeirevierwache als stellvertretender Revierführer versetzt. Später folgt eine Reform der Polizeiausbildung und der Struktur der Polizeiführung.⁵⁹ Am 20.5.1968 stellt der Polizeipräsident Dr. Frenzel fest, dass der Polizeieinsatz am Ostermontag vor dem Polizeipräsidium eine Ausnahme ist und künftig derartige „Eskalationen“ von **Gewalt und Gegengewalt** durch das Prinzip der „flexiblen Reaktion“ eingeschränkt werden sollen.⁶⁰

2.2. Zweites Fazit

Der Versuch, die Auslieferung der Zeitungen des Springerverlages nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke durch einen passiven Widerstand, (Sitzblockade), zu verhindern, ist aus Sicht der Studierendenorganisationen, ihrer Vertreter und der Demonstranten, legitim. Durch das Meinungsmonopol der Zeitungen des Springerkonzerns wird ein Klima des Hasses auf die Protestbewegung geschürt. Dabei ist es egal, ob sie gegen den Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze, für eine Hochschulreform oder für die Aufarbeitung der Nazivergangenheit öffentlich protestieren. Die aggressive Diffamierung begünstigt ein Klima von Gewalt, Mord und Totschlag.

Regel-/Gesetzesverletzung durch zivilen Ungehorsam soll die breite Öffentlichkeit aufmerksam machen und über diesen Kontext informieren. Das erzeuge, so die Hoffnung, Reformdruck auf die träge Politik im Pressewesen. Von den sitzenden Demonstranten ging keine körperliche Gewalt gegen Sachen oder Personen aus. Der Sitzstreik am Karfreitag war gewaltlos. Dieses Gewaltverständnis zum Sitzstreik wird von der Rechtsprechung 1969 nicht geteilt,⁶¹ Aus Sicht der Polizeiführung handelte es sich auch bei dem

57 Detlev Holm, a.a.O., S. 107 ff.

58 Ders., a.a.O., S. 206 ff.

59 Ebenda.

60 Hamburger Abendblatt, 20.5.1968.

61 So hatte der Bundesgerichtshof im Laepple-Urteil v. 8.8.1969 – 2 StR 71/1969 den Sitzstreik von Studenten und Schülern auf Straßenbahnschienen 1966 gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr als Gewalt definiert, auch wenn keine aktive körperliche Gewalt angewandt wird. Dieses Gewaltver-

Sitzstreik um Gewalt, ausgeübt durch „Randalisten... , die wir als Kriminelle oder als Kommunisten... bezeichnen...“.

Das Werfen von Steinen wird überwiegend verurteilt und nicht als Mittel der Politik akzeptiert. Die massive Polizeigewalt beim Durchbrechen der Blockade gilt trotz einzelner Steine nicht als gerechtfertigt. Die wiederholte Erfahrung von exzessiver Polizeigewalt bei Demonstrationen nach dem Mord an Benno Ohnesorg wie nach den Schüssen auf Rudi Dutschke beeinflusst das Gewaltverständnis in der Hamburger Protestbewegung. Viele fragen: „Muss man sich nicht aktiv gegen diese Gewalt wehren?“ Darf man in „Notwehr“ Gegengewalt ausüben? Der Ruf nach Gewalt wird zunächst zurückgewiesen.

Ein gutes halbes Jahr später, am 4. November 1968 kommt es in Berlin zur „Schlacht am Tegeler Weg“, in der sehr viele Demonstranten zu Steinen griffen. (s.w.u.).

2.3. Friedliche Demonstrationen und Happenings gehen weiter

Demonstrationspause?

In der Woche nach Ostern wird auf Vollversammlungen der Studierenden und im Studierenden- Parlament über weitere Demonstrationen, z. B. zum 1. Mai diskutiert. Das vom RCDS und dem rechten Flügel des SHB beherrschte Parlament verlangt eine Demonstrationspause bis die Gewaltlosigkeit der Demonstrationen gewährleistet werden könne. Der SDS und linke Flügel des SHB lehnen eine Demonstrationspause ab und setzen auf einer Vollversammlung der Studierenden am 24.4.1968 einen Beschluss für eine Demonstration am 1. Mai durch. Daraufhin beschließt das Studierendenparlament eine Demonstrationspause und lädt zu einer weiteren Vollversammlung am 30.4.68 ein. Auf dieser Versammlung will die Mehrheit die vorbereiteten Referate des ASTA nicht hören, sondern über die Vorbereitung der Demo am 1. Mai diskutieren. Der ASTA verlässt daraufhin die Versammlung.⁶² Die APO-Gegenkundgebung zum 1. Mai verläuft trotz Warnungen führender Gewerkschaftsfunktionäre ohne Zwischenfälle. Sogar die Hamburger Presse erkennt an: „Sachlich belegte Stellungnahmen zur Arbeiterbewegung, zu den Themen Pressekonzentration und Springer sowie aufmerksam verfolgte Ausführungen zu den Notstandsgesetzen“.⁶³

ständnis bezüglich des Sitzstreiks ist später vom Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit den ersten Sitzblockaden gegen die Stationierung der Kurzstreckenraketen (9.3.1983) mit dem Beschluss vom 10.1.1995 – 1 BvR 718, 719, 722, 723/89 – aufgehoben worden passives Blockieren durch Sitzen oder Stehen ist keine Gewalt i. S. des Strafrechts gemäß § 240, Abs. 1 StGB (Nötigung): „Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft“.Die Rechtswidrigkeit von Sitzdemonstrationen nach anderen Vorschriften bleibt von dieser Entscheidung unberührt.

62 Thomas Thielemann, a.a.O.

63 Hamburger Morgenpost, 2.5.1968.

Unabhängig von den Auseinandersetzungen innerhalb der Studierenden zum Demonstrationsverbot hat schon am 21.4.68 die griechische Opposition gegen die Militärdiktatur in Griechenland eine Kundgebung auf der Moorweide mit 1000 Teilnehmern durchgeführt, nach der es im Rahmen einer Demonstration zum griechischen Konsulat zu Rangeleien mit der Polizei und Festnahmen kommt.⁶⁴

In den folgenden Maiwochen finden weitere Demonstrationen und Happenings gegen die Pläne der Bundesregierung statt, die das Grundgesetz durch eine Notstandsgesetzgebung ergänzen will. Auch diese Aktionen verlaufen gewaltfrei. Regelverletzungen, wie die Nichtbeachtung des Bannmeilengesetzes bei den Demonstrationen und Festnahmen von Demonstranten wg. dieser Verstöße, sind die Folge. Die Verhaftung des SDS-Mitglieds K.H. Roth wg. Bannmeilenverletzung, seine vorübergehende Freilassung und erneute Ausschreibung eines Haftbefehls führen später zu einer Kette von Provokationen gegenüber der Polizei. Roth taucht für anderthalb Jahre bis Dezember 1969 in Hamburg unter und narrt durch öffentliches Auftreten häufiger die Polizei.

2.4. Nach der Polizei kommt die Justiz

Mit zeitlicher Verzögerung von einem Jahr beginnen die ersten Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, Aufruhr, Bannmeilenverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung.

Es sind oft maximale Beschuldigungen, die für die Radikalisierung der Diskussion um Gewalt bei Protesten eine große Rolle spielen. In Berlin gibt es schon spektakuläre Inhaftierungen, horrende Anklagen und hohe Strafen, z.B. von Fritz Teufel und anderen. In Hamburg setzt die Prozesswelle Monate nach Ostern 1968 ein. Gegen diese Strafverfahren, die im Laufe der Entwicklung mehr als tausend Demonstranten in der gesamten BRD betreffen, entwickelt der SDS die sog. Justizkampagne, die später gewalttätige Akte aus Solidarität mit Inhaftierten einschließt. Prototypisch steht dafür die „Schlacht am Tegeler Weg“.

Am Freitag, dem 20. April 1968, beginnt der Prozess wegen der Vorfälle vom 17.2.1967 im Hamburger Hauptbahnhof. Sie hatten zur schnellen Ausweisung vom Obi Ifeobu geführt. Angeklagt sind jetzt drei Demonstranten wegen Landfriedensbruch und schwerem Aufruhr. In der siebentägigen Verhandlung des Schöffengerichts mit vielen Zeugenaussagen und Filmaufnahmen eines Fernsichtteams werden der Polizei Zeugenbeeinflussung und Falschaussagen nachgewiesen. Die meisten Anklagepunkte werden vom Gericht verworfen. Von den drei Angeklagten werden ein Lehrer und ein Student freigesprochen. Der Maurer Walter Sallei erhält wegen Beleidigung der Polizisten 400 DM Geldstrafe und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt 4 Monate Gefängnis auf Bewährung. Angeblich hat er auf die Polizisten mit einem Plakat eingeschlagen. Walter S. sagt, er habe nur vor dem Polizisten mit dem Plakat herumgefuchelt. Der Prozess offenbart, dass der Student

64 Thomas Thielemann, a.a.O.

Obi Ifeobu völlig zu Unrecht abgeschoben wurde. Zeugenbeeinflussung und Falschaussage der Polizei verschlechtern ihr Image.⁶⁵

Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze im Bundestag Ende Mai 1968 zieht sich die Protestbewegung auf die Universität zurück.⁶⁶ Gewaltereignisse und öffentliche Diskussionen hierzu sind bis November 1968 kein Thema in Hamburg. Über Gewalt als Mittel der Politik diskutieren allenfalls noch kleine Zirkel in Wohngemeinschaften und Basisgruppen. Dokumente oder Berichte existieren dazu nicht.

„Linke Literatur“, „Edition Suhrkamp“ sowie Nach- und Raubdrucke, erleben einen Boom, werden intensiv gelesen und diskutiert. Zur „Theorie der politischen Gewalt“ bieten aktuelle Veröffentlichungen über historische Revolutionen und die Befreiungsbewegungen in Südostasien, Afrika und Lateinamerika einschlägige Beiträge an. Erst die „Schlacht am Tegeler Weg“ in Berlin aktualisiert das Thema „Gewalt als politisches Mittel“ auch im Hamburger SDS ab 1968/69.

2.5. Die offensive Gegengewalt beginnt in Berlin – die „Schlacht am Tegeler Weg“ und der Gewaltdiskurs auf der 23. Delegierten Konferenz des SDS in Hannover im November 1968

Nichts macht den Unterschied der Gewaltdiskurse in Hamburg und Berlin Ende 1968 deutlicher als drei Aktionen, die im Rahmen der Justizkampagne hier wie dort nahezu zeitgleich stattfinden. Die Justizkampagne übt Solidarität mit den vielen Demonstranten, die mit Strafverfahren überzogen werden. Sie setzt in Hamburg provokative Aktionen ein, die auch Sachbeschädigungen in Kauf nehmen. In Berlin geht es mit gezielt geplanter Gewalt gegen Personen militanter zu.

Aktion 1: Am 31.10.1968 wird in Hamburg endlich das Wissmann-Denkmal gestürzt. Das hatten SDS-Studenten seit Jahren erfolglos versucht. Sie wurden wegen Sachbeschädigung angeklagt; ihr Prozess ist für den 6.11.1968 anberaumt. Das Studentenparlament beschließt mehrheitlich, aus Solidarität mit ihnen die schwere bronzene Wissmannskulptur gemeinsam zu stürzen. Sie wird unter Mühen und Jubel sofort in die Mensa geschleppt und bemalt, stolz präsentiert und anschließend sicher ausgelagert. Bei diesem letzten Akt der Sachbeschädigung und Entwendung schaut die Polizei tatenlos zu.⁶⁷

Aktion 2: Am 4.11.1968 kommt es in Berlin zur „Schlacht am Tegeler Weg“ Aus Anlass des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Anwalt Horst Mahler liefern sich unter Führung des

65 Hamburger Abendblatt, 20./21.4.1968, s. im Ordner „Dokumente“ unter dem Datum 20.4.68 auf dieser Webseite.

66 S. 4. Phase 16.6.68 – 31.3.169 in der Chronik auf dieser Webseite.

67 S. Chronik in dieser Webseite, Datum 31.10.1968.

Westberliner SDS rund 2.000 Studenten, darunter erstmals „richtige Arbeiter“ aus dem „Rocker“-Milieu, eine stundenlange Straßenschlacht. Es fliegen massenhaft Steine hin und her. Bis heute ist unklar, woher plötzlich der LKW mit Pflastersteinen stammt. Die Polizeikräfte weichen schließlich zurück. 130 Polizisten und 21 Demonstranten werden verletzt. Anschließend wird über diese Straßenschlacht bundesweit heftig diskutiert. Der SDS Berlin wertet sie überwiegend als „neue Stufe der Militanz“; erstmals zeige sich, wie man sich erfolgreich gegen Polizeiterror wehren könne. Auf der Pressekonferenz im RC spricht P. Gäng (SDS) wenige Tage später von einem „direkten Angriff auf den Staatsapparat“. Im Anschluss distanzieren sich im überfüllten Teach-In im Audimax einige Wortführer, darunter Gollwitzer, Kadritzke (SHB), u.v.a. von der Gewalt. Sie halten sie für unvereinbar mit dem emanzipatorischen Charakter der Bewegung. Semler, Horlemann, Gäng, Schlotterer u.a. verteidigen die „spontane Erhebung“ als zwingend, weil man nicht nur Opfer sein wolle.⁶⁸

Aktion 3: Im Rahmen der Justizkampagne in Hamburg wird am 12.12.1968 mit der sogenannten „Busenaktion“ protestiert, um das Gericht vorzuführen: Ein klug um getexteter Brecht-Song, vorgetragen von sieben SDS-Studentinnen mit entblößten Oberkörpern, eröffnet die Verhandlung.⁶⁹ Der Richter wahrt Ruhe und nimmt sich vor den anwesenden Pressefotografen viel Zeit, den Raum durch „geeignete Polizeikräfte“ räumen zu lassen. Frauen will man damals unter Publikum formal anders behandeln als Männer. Für jede Beteiligte gibt es Verfahren, die mit einem hohen Bußgeld oder „Busengeld“ enden. Die Aktion hat einen für Hamburg typischen Happeningstil. Er entspricht der bewährten Strategie der Regelverletzung durch Tabubrüche und friedlich-freundliche, alberne oder ernsthafte Provokationen. In diesem Falle figuriert die öffentliche Darbietung der nackten weiblichen Brust als ambivalente Demonstration von Freiheit und potentieller Dekuvrierung männlicher, hier: richterlicher Lüsterheit. Im abgeschirmten Raum und in der ritualisierten Sphäre des Gerichts wirkt sie befremdlich und deshalb umso subversiver und verunsichernder.

Auf der **23. Delegiertenkonferenz des SDS vom 16.–18.11.1968** in Hannover wird u.a. auch die Frage der Gewalt im Rahmen der Justizkampagne diskutiert. Vertreter des Berliner SDS sehen unter Verweis auf den Tegeler Weg Chancen, die Justizkampagne aus ihrer „moralischen Hilfsaktion für bedrohte Genossen, in eine Kampagne zur Zerschlagung des Justizapparates durch eine massenhafte Mobilisierung der tendenziell Betroffenen umzuwandeln“.⁷⁰ Man lasse sich nicht mehr verprügeln, sondern greife mit einem Steinhagel den Repressionsapparat an. Diese Art der Solidarität verschaffe Erfolgserlebnisse.⁷¹ Berliner SDS-Mitglieder, allen voran Chr. Semler, zeigen sich überzeugt, dass man mit „Steinwürfen“ für junge Arbeiter attraktiver sei, weil sie Taten statt Reden bevorzugten. So entstände über die Justizkampagne eine Verbindung der Protestbewegung an der Universität

68 S. Chronik in dieser Webseite, Datum 4.11.1968.

69 S. Chronik in dieser Webseite, Datum 12.12.1968.

70 S. Dokumentarfilm: Django und die Tradition, von Günter Hörmann, 1968 (als DVD bei absolut medien).

71 Ebda.

mit der Jungarbeiterschaft.⁷² H.J. Krahl aus Frankfurt wirft dem Berliner SDS vor, dass er keine Legitimation für seine Aktion vorweisen könne und Steinwürfe nachträglich rationalisiere. Delegierte aus Hamburg, wie der Autor dieses Beitrags, kritisieren die Berliner Position. Sie sei nicht nachvollziehbar, nicht verallgemeinerbar, schon gar nicht für Städte mit einem geringeren Grad der Mobilisierung und Radikalisierung.⁷³

Es gibt zwar nach dem November 1968 noch weitere „offensive“ Gewaltaktivitäten in Berlin, aber nicht mehr in großem Ausmaß. Auch der Berliner SDS befürchtet, bei militanten Aktionen könne die Polizei von Waffen Gebrauch machen. Die Konsequenz sei, dass nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse eine offensiv militante Politik fortgesetzt werden könne.⁷⁴

2.6. Drittes Fazit

In Hamburg kommt bis Anfang Dezember 1968 Gewalt als politisches Mittel vorwiegend spontan bei kleinen Minderheiten oder einzelnen Demonstranten vor. Gerechtfertigt wird sie als Unterstützung der Ziele. Die Steinwürfe sollen die Auslieferung der Springerzeitungen verhindern. Verletzungen von Polizisten werden in Kauf genommen. Akzeptiert werden

- Widerstandshandlungen bei Festnahmen
- Holzlatten-/Steine als Abwehr besonders gewalttätiger Polizeieinsätze

In Berlin gibt es die wachsende Bereitschaft, Gewalt geplant und gezielt gegen Polizisten als politisches Mittel einzusetzen. Das wird offenbar von größeren Gruppen im SDS und unter Protestierenden akzeptiert. Man will „den Justizapparat zerschlagen“, um Prozesse gegen Demonstranten zu verhindern. Mit offen propagierten Gewaltaktionen sollen zudem junge Arbeiter gewonnen werden. *Das dient der nachträglichen Rationalisierung jenseits jeder realen Erfahrung oder analytischen Erkenntnis.*

72 Ebda.

73 Ebda.

74 T. P. Fichter, S. Lönnendoncker: Die Geschichte des SDS 1946 – 1970, S. 220 f., Bielefeld 2018.

3. Gewalt gegen Sachen findet eine breite Basis in der Hamburger Protestbewegung (1969/70)

Vorbemerkung: In vielen Beiträgen zur Geschichte der 68er Bewegung, wird behauptet, dass mit den Demonstrationen zu Ostern 1968 ihr Höhepunkt überschritten war. Für Hamburg trifft das nicht zu. Im ersten Halbjahr 1969 gab es eine zweite Welle, wenn man die Häufigkeit und Anzahl der Beteiligten an Demonstrationen, teilweise mit gewaltsamen Auseinandersetzungen zugrunde legt.

3.1. Gewalt gegen Sachen als „Hilfsmittel der Politik“ – die Besetzung des Psychologischen Instituts im Januar 1969

In Hamburg demonstrieren am 6.12.1968 rund 1.000 liberale und linke Exil-Iraner (CISNU) und Exil-Griechen mit starker Unterstützung des SDS, der HSU und des SHB auf der Moorweide. Sie protestieren gegen aktuelle Todesurteile in Persien und die Terrorjustiz der griechischen Junta. Der anschließende Demonstrationenzug führt auf einem Rundkurs durch die Innenstadt, wo u.a. die Fensterscheiben und das Mobiliar griechischer und iranischer Fluggesellschaften sowie Handelsmissionen zerstört werden. Bevor die Polizei die Demo an ihrem ursprünglichen Ausgangspunkt auflösen kann, werden auch die Fensterscheiben des Amerika-Hauses eingeworfen. Die DKP kritisiert die Aktion heftig. Der Sachschaden soll bei 25.000 DM liegen.⁷⁵

Am 9.12.1968 wird die Uraufführung von Henzes „Floß der Medusa“ in den Messehallen von der SDS-Projektgruppe „Kultur und Revolution“ aus Berlin und einem „Arbeitskreis sozialistischer Musikstudenten“ der Musikhochschule Hamburg gestört. Eine rote Fahne wird auf der Bühne platziert. Sie solle entfernt werden, so der NDR. Er werde ansonsten nicht live übertragen. Ein Polizeieinsatz verschärft den allgemeinen Tumult und führt zu Raufereien. Der Rundfunkreporter des NDR, Ernst Schnabel, wird von der Polizei attackiert und später wegen Widerstand gegen die Polizeimaßnahmen angeklagt. Henze selbst hatte den Protest initiiert und rechtzeitig viele Karten für die linken Aktivisten besorgt.⁷⁶

Am 21.12.1968 soll der weihnachtliche Einkaufsrummel für eine Aufklärungskampagne gegen den „Konsumterror“ genutzt werden. Diese Kampagne wird vom Bundesvorstand des SDS bundesweit initiiert. Der Hintergrund: Mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den 1960er Jahren kann eine wachsende Schicht der Bevölkerung deutlich mehr konsumieren. Mit Marcuse begreifen viele 68er diesen „Konsumismus“ als Integrationsinstrument des kapitalistischen Systems; der Konsum treibe die repressive Ausbeutung massenhaft

⁷⁵ Rebell, Organ der „Revolutionäre Jugend / ML“, Nr. 5, Dezember 1968, S. 6 ff https://www.mao-projekt.de/BRD/ORG/KAB/Rebell/Rebell1968_05.shtml.

⁷⁶ Die Zeit, Konzertsandal in Hamburg, Rot vor den Augen, Warum Hans Werner Henzes Oratorium „Das Floß der Medusa“ nicht uraufgeführt werden konnte, Die Zeit, Nr.50, 13.12.1968.

voran und verdecke dessen wahren Charakter. Die Kampagne will darüber aufklären. In Hamburg rufen anarchistischen Gruppen, wie die „Schwarz-Rote Garde“, zum kostenlosen Einkauf von Festgaben in den großen Hamburger Kaufhäusern auf: „Jeder nach seinen Bedürfnissen und nicht nach seinem Geldbeutel“. Es gibt Debatten mit Kunden und ein „Wirbelwind“ von Protestlern rauscht durch einige Hamburger Kaufhäuser. Er hinterlässt eine Spur von Scherben, umgestürzten Warenregalen und „Lücken“ im Warenbestand⁷⁷.

Nach einem gut besuchten Teach-In im Audimax am 31.1.1969 „Für Demokratie und Mitbestimmung – Gegen Neofaschismus und Vorbeugehaft“, in dem u.a. Beate Klarsfeld und der „untergetauchte“ K.H. Roth sprechen, bildet sich ein Demonstrationzug von mehreren Hundert Teilnehmern in Richtung Innenstadt. Es werden u.a. die Scheiben des Amerika-Hauses, des Hamburger Abendblattes, der portugiesischen Handelsmission und einiger Kaufhäuser demoliert.⁷⁸

Die Besetzung des Psychologischen Instituts – Gewalt gegen Sachen

Im Dezember 1968 gelingt es dem SDS, für die anstehenden Studentenparlamentswahlen ein „Linkskartell“ aus SDS, HSU, linkem SHD und LSD zu schmieden, das die Wahlen im Januar 1969 gewinnt. Die Hochschulreformpläne des Hamburger Senats und die kritischen Zustände an einzelnen Universitätsinstituten stehen im Mittelpunkt der Proteste. Die Studierenden fordern, dass ein selbstorganisiertes Studium in das Lehrprogramm des Sommersemesters aufgenommen wird. Im Brennpunkt steht das Psychologische Institut, in dem lediglich drei ordentliche Professoren für 500 Studenten tätig sind, – nämlich Hofstätter, Tausch und Pawlik.

Ein „General“-Streik an der UNI wird für den 29.1.1969 beschlossen. Die Vollversammlung der Philosophischen Fakultät beschließt am 28.1.69, das Psychologische Institut sofort zu besetzen.

Von ca. 100 Studenten wird eine Streikzentrale eröffnet. Autonome Arbeitsgruppen für alternative Seminare entstehen im Handumdrehen; Diskussionsergebnisse und Wissensbestände warten auf ihre Umsetzung! Während die personell überwiegend vom SDS gestellte „Arbeitsgruppe Technik“ in die Büros der Ordinarien Hofstätter und Pawlik eindringt, um „Akteneinsicht“ zu nehmen, streitet man heftig über die Frage, ob Schränke aufgebrochen werden sollen. Setzt man sich damit nicht ins Unrecht? In der Besetzungsversammlung wird abgewogen, ob der Daten-Schutz von Personalien, wie Benotungen und geheime Prüfungsunterlagen, Vorrang hat vor dem allgemeinen Interesse, die Beziehungen der Professoren zu kommerziellen Unternehmen aufzudecken. Sie sollen u.a. für externe Stellen verdeckt forschen und Daten von Studierenden auswerten. Die von der Uni-Leitung herbeige-

77 S. Fotos im Unterordner „Fotos“ dieser Webseite zum Thema „Kampagne gegen den Konsumterror“ und Hamburger Abendblatt, 23.12.1968 „Jugendliche randalierten“, S. 6; Flugblätter im Ordner „Dokumente“ unter dem Datum 21.12.1968 auf dieser Webseite.

78 S. unter dem Datum 31.1.1969 in unserer „Chronik“ auf dieser webite; Hamburger Abendblatt, 1./2.2.1969 und 3.2.1969.

rufene Polizei drängt die Studenten im Rahmen einer gegenseitigen Wasserschlacht mit den Feuerwehrschräuchen des Gebäudes in der Nacht aus dem Gebäude und kontrolliert anschließend mit Zivilbeamten die Räume zwecks Spurensicherung. Die Sachschäden an Türen, Mobiliar und durch Wasser sollen 250.000,- DM betragen. Gegen ein Dutzend Besetzer werden später Schadensersatzprozesse eingeleitet, die die Universität aber verliert.

Es folgen weitere Besetzungs- und Räumungsaktionen in Instituten des sog. „Philosophenturms“ sowie Vollversammlungen und Demonstrationen in die Innenstadt. Der „Philosophenturm“ wird geschlossen. Ein Teil der Besetzer wird kurzfristig festgenommen, wiederholt kommt es dabei zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Schaufenster von Geschäften bersten. Bis zu 3000 Studierende mit außeruniversitären Unterstützergruppen sind in die Auseinandersetzungen involviert.⁷⁹

Diese Aktionen werden begleitet von öffentlichen Diskussionen über Gewalt gegen Sachen als Mittel der Politik.⁸⁰

Von den meisten Mitgliedern aus dem SDS, der HSU und dem linken SHB sowie von unorganisierten Studierenden wird Gewalt als „Politik mit anderen Mitteln“ befürwortet:

- wegen der Intransparenz und Verzögerung von Reformplänen, die den Interessen des kapitalistischen Wirtschaftssystems dienen, nicht der Gesamtgesellschaft.
- Wenn Professoren die Fragen über ihre außeruniversitären Forschungen nicht beantworten, sei es angemessen und richtig, sich die entsprechenden Informationen durch das Aufbrechen der Türen und Schränke zu beschaffen. Es hieß, Prof. Pawlik habe die Polizei bei ihrem Vorgehen gegen Demonstrationen beraten. Prof. Hofstätter lehrte an der Führungsakademie der Bundeswehr und forschte im von Apartheid und polizeistaatlicher Unterdrückung geprägtem Südafrika, ihm wurde zudem seine Nähe zur Nazidiktatur vorgehalten.⁸¹

Die in den Aktenschränken gefundenen Dokumente werden im Herbst 1969 in der Festschrift des ASTA zum 50jährigen Bestehen der UNI Hamburg, „Das permanente Kolonialinstitut“, als Anhang veröffentlicht. Erstmals wird damit öffentlich bekannt, wie die Universität und ein Teil ihrer Professoren mit der Wirtschaft, Bundeswehr und Polizei kooperieren, ohne dass zuvor in den Gremien der Selbstverwaltung offen darüber informiert wird.⁸²

79 Ausführliche Einzelheiten zur Kritik an der Hochschulreform und den Forderungen der Streikversammlungen: s. in der „Chronik der Ereignisse an der Hamburger Uni in den letzten zwei Wochen“ unter https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/ApoPress/Hamburg_APO-PRESS_1969_02.shtml und in der „Chronik“ ab Datum „Januar 1969 bis 5.2.1969 in dieser Webseite.

80 Diese Diskussionen sind in dem Film von H. Hemming, F. A. Krummacher, Manfred Seide: „Junge Menschen in der Industriegesellschaft – Studenten proben den Aufstand?“ dokumentiert.

81 Ebenda.

82 Allgemeiner Studentenausschuss (ASTA) der Uni-Hamburg (Hrsg.): Das permanente Kolonialinstitut – 50 Jahre Hamburger Universität, S. 128 ff., 236, 243, 321ff. Die ganze Broschüre unter https://www.mao-projekt.de/BRD/NOR/HBG/VDS/Hamburg_VDS_1969_Kolonialinstitut.shtml.

Die meisten Studierenden, die an den Besetzungsaktionen zumindest unterstützend beteiligt sind, nehmen die Sachbeschädigungen als bedauerlich, ärgerlich, aber unvermeidlich hin. Ablehnend äußern sich Mitglieder aus dem rechten Flügel des SHB. Sie befürchten, wie sie erklären, die Protestbewegung könne deshalb kriminalisiert werden.⁸³

Einen wesentlichen Schritt weiter geht öffentlich nur R. Oberlercher. Er knallt auf einer Vollversammlung im Audimax einen kleinen Sack voller Steine aufs Rednerpult mit den Worten: „Hier sind unsere Argumente“.⁸⁴ „Die Welt“ schreibt dazu: „Auf die Rebellions-Abhandlungen eines Reinhold Oberlercher, des Schelms am Hofe des SDS, der in den eigenen Reihen als Revolutionsneurotiker gesehen wird, ... muss man nicht eingehen.“⁸⁵ Das brachte die Sache auf den Punkt. Kaum jemand nahm ihn und seine „Argumente“ ernst.

Wenig erstaunlich ist, dass Professoren und wissenschaftliche Räte Gewalt gegen Sachen öffentlich energisch ablehnen.

Offen und kritisch-nachdenklich äußert sich nur der Politologe Prof. Winfried Steffani (CDU-Mitglied): Auf die Frage, ob die Studenten mit ihren Aktionen und dem Anspruch, das System Universität zu ändern, nicht zu weit gingen, antwortet er:

*„Es ist die Frage, ob das, was noch als systemimmanent verstanden wird, nicht zu eng gefasst ist. Es ist die Aufgabe der Studenten, der Gesellschaft bewusst zu machen, dass im Rahmen des Grundgesetzes viel mehr möglich ist, als nach der vorhandenen Interpretation vorhanden ist. Um das Beispiel der Gewaltaktionen einzelner Studenten aufzugreifen, das ja jenseits des gängigen Systemverhaltens liegt: Wenn wir die Geschichte der Universität sehen und ihre Stellung in der Gesellschaft und die Erwartung an sie bezüglich der Veränderung der Gesellschaft, geht dies nicht über Besinnlichkeit, sondern als Unruheherd der kritischen Reflexion, im Abtasten der Möglichkeiten und des Erkennens der Wirklichkeit. Wie Habermas auf dem Kongress in Hannover sagte, dass wir in einer von Gewalt beherrschten Welt leben,(und wir) in unserer Interpretation des Grundgesetzes diese Gewaltsamkeit als Potenz in einer Gesellschaft nicht hinreichend in Rechnung gestellt haben und dass die studentischen Aktionen unabhängig davon, ob man sie billigt, dahingehend auch verstehen kann in ihrem Wert, dass die Universität gezwungen wird, sich mit der Realität, der von der gewaltbesetzten Welt nicht nur reflexiv, nicht nur über Vietnam im Jenseits, zu diskutieren, sondern es unmittelbar vor dem Ordinarienzimmer zu erleben und wenn man jenseits dieser Gewaltaktion nach den Zielsetzungen fragt und sich nicht unbedingt an den Extremen orientiert, sondern sich an denen orientiert, die sich artikulieren, dann finden wir doch eine Reihe von Ansätzen die sich im Rahmen dieser Gesellschaft durchaus realisieren lassen“.*⁸⁶

„Wie viele Studenten plädieren für Gewalt?“ fragt „Die Welt“ in einem längeren Beitrag über die 14-tägige Auseinandersetzung mit den Forderungen der Studenten und den Re-

83 S. Diskussionsbeiträge Werner Löwe (HSU), Werhardt Otto (SHB) und rechter SHB-Flügel Jens Litten, Jörg König (SHB) in dem vorstehend genannten Dokufilm von: H. Hemming u.a.

84 Zeitzeuge: Der Autor Arwed Milz.

85 Die Welt, 14.2.1969, s.a. im Ordner „Dokumente“ unter dem Datum 14.2.1969 in dieser Webseite.

86 Statement von Prof. Winfried Steffani in dem zuvor erwähnten Dokufilm von: H. Hemming u.a.

aktionen der Politik. Die Gewaltanwendung steht im Mittelpunkt. Der Senat der Hansestadt fordert einen Gewaltverzicht als Bedingung für die Öffnung des gesperrten Philosophenturms. Die Studenten verlangen, zuerst die Forderung nach einem selbstorganisierten Studium zu erfüllen. Der ASTA und die Mehrheit des Studentenparlaments weisen den Gewaltverzicht zurück. Sie wollten nicht in die Kompetenzen der Fachschaften eingreifen, auch eine gesamtuniversitäre Urabstimmung über die Frage der Gewalt gegen Sachen wird abgelehnt.⁸⁷

3.2. Viertes Fazit

Die Sitzstreiks und physischen Konfrontationen Ostern 1968 vor dem Springerhaus werden von der Protestbewegung und den Studierendenorganisationen nicht als Gewalt angesehen. Bei späteren Demonstrationen, die ihren Ausgangspunkt auf dem Uni-Campus haben, werden Steinwürfe in die Fenster des Amerikahauses, an dem man auf dem Weg in die Innenstadt zwangsläufig vorbeikommt, nahezu obligatorisch: Amis raus ...! Gegen sie, die hier als Schutzmacht und globaler Freiheitssachwalter hofiert werden, erscheint kontrollierte Gewalt in Form einiger geborstener Scheiben angesichts des Napalms und der Bombenteppiche in Vietnam allemal legitim.

Den radikalen Zuspitzungen des Berliner SDS folgen die Hamburger aber nicht: Weder der SDS, noch die Protestakteure vertreten den Weg der „offensiven Angriffe“ auf den Justiz- und Polizeiapparat. Sie schließen „Gewalt gegen Personen“ als legitimes Mittel aus. An den Sachbeschädigungen bei den Kampagnen gegen den Konsumterror und den Justizterror im Iran und in Griechenland sind nur Minderheiten beteiligt. Sie bleiben umstritten. Erst die Besetzung des psychologischen Instituts lässt die Bereitschaft wachsen, Gewalt gegen Sachen zu tolerieren.

Das Aufbrechen von Büro- und Schranktüren, ist schlüssig begründet und gilt deshalb als legitim für viele. Die „Gewalt gegen Sachen“ als politisches Mittel zur Durchsetzung, zumindest zur nachhaltigen Geltendmachung bestimmter Ziele, ist in der Mitte der radikalen, linken Studierendenorganisationen und ihrer Sympathisanten angekommen. Hierfür ist man bereit, Folgen in Form von gerichtlichen Strafen und anderen Sanktionen zu tragen.⁸⁸

87 Die Welt, 14.2.1969, a.a.O.

88 Viele „Besetzer“ werden wegen Hausfriedensbruch, Aufruhr, Landesfriedensbruch, Widerstand gegen Polizeibeamte (bei Festnahmen) angeklagt. Schadensersatzklagen gegen führenden SDS-Funktionäre wegen der Schäden, die durch die Besetzungsaktionen im Philosophenturm entstanden waren, beliefen sich im ersten Prozess auf 1000 000,- DM. Diese Klagen wurden allerdings von den Gerichten abgewiesen, da den Beklagten keine Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. (s. „Chronik“ unter dem Datum 29.4.1969 und auf dieser Webseite).

3.3. Protest und Gewalt greifen auf viele Konfliktfelder über

Am 22.3.1969 kommt es bei einer Protestaktion gegen die griechische Militärdiktatur in Hamburg zu einer „Saalschlacht“ im Curio-Haus. 17 Griechen werden verletzt. 30 Oppositionelle werden von der Polizei aus dem Haus gedrängt. Zeugen wollen beobachtet haben, wie Athens Handelsattaché M. K. eine Studentin ohnmächtig prügelte, die mit ihrem Transparent „Freiheit für die politischen Gefangenen“ gefordert hatte.⁸⁹

Ordnungsrecht gegen „Störungen des Lehr- und Forschungsbetriebs“ an den Hochschulen

Im April 1969 wird ein neues Ordnungsrecht für alle Hamburger Hochschulen verabschiedet, es gilt ab dem 1.5.69. So können in Zukunft alle Störungen und sonstigen Eingriffe in den Lehr- und Forschungsbetrieb mit hochschulinternen Ordnungsmaßnahmen geahndet werden: Verwarnung, befristeter Ausschluss von Lehrveranstaltungen und vom Studium bis zu 3 Jahren.⁹⁰ Das ist eine Reaktion auf die Vorlesungsstörungen/-sprengungen der vergangenen Semester.

*Ausweitung der Gewaltereignisse auf die Lehrlings- und Schüler*innenbewegung*

Am 1. Mai 1969 kommt es bei der Kundgebung der Gewerkschaften (DGB) zu Zusammenstößen mit Gegendemonstranten der APO, die in die Veranstaltung einsickerten. Farbbeutel fliegen, Leuchtraketen werden abgeschossen, Prügeleien zwischen Demonstranten und Ordnern der Gewerkschaften/Polizei finden statt. Sogar ein Fotograf des Hamburger Abendblatts wird von DGB-Teilnehmern, – nicht von Demonstranten, geschlagen. Junge Lehrlinge und Arbeiter wehren sich heftig bei Festnahmeversuchen. Es gibt viele verletzte Demonstranten, Ordner und Polizisten. Dieser 1. Mai geht als **Heißer Mai** in die Geschichte der Hamburger Gewerkschaften ein.⁹¹

Nachdem das Hamburger Schülerparlament (HSP) einen Erlass der Schulbehörde abgelehnt hat, weil ihm nur stark eingeschränkte Mitwirkungs-, Meinungs- und Presserechte eingeräumt werden, sperrt die Schulbehörde dem HSP Sitzungsräume und Geldmittel. Die Schulbehörde verweigert dem HSP auch die Anerkennung als Vertretungsorgan der SchülerInnen. Auf Vollversammlungen von 20 Schulen beschloss 15 von ihnen einen Schulstreik. In der folgenden Woche streiken 4000 Schüler an 31 Schulen. Ihre Demonstrationen in der Innenstadt führen zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, zu Festnahmen und zu Widerstandshandlungen gegen Festnahmen von Schülern. Koordiniert werden die Streikaktionen durch den Vorstand des HSP und die Schülerbünde USB/AUSS.⁹²

89 S. „Chronik“ unter dem Datum 22.3.1969 auf dieser Webseite und Der Spiegel Nr.16, 14.4.1969, S.101–106.

90 S. „Chronik“ unter dem Datum 14.4.1969 auf dieser Webseite.

91 S. „Chronik“ unter dem Datum 1.5.1969 auf dieser Webseite.

92 S. „Chronik“ unter dem Datum 2.5. 1969 auf dieser Webseite.

Vorlesungs- und Seminar-„Sprengungen“

An der Universität kommt es Ende Mai und im Juni zwischen den Studierenden und den Professoren Brock und Oehler zu Debatten und Konflikten um Seminarinhalte und Räume. Die Unterbrechung ihrer Seminare durch Beharren der Studierenden auf Antworten zu ihren kritischen Fragen führt zum Abbruch der Seminare durch die Professoren. Prof. Oehler wirft Studierenden faschistischen Terror vor und weigert sich, seine Seminare fortzusetzen.⁹³ Das drohende neue Ordnungsrecht zeigte keine präventive bzw. abschreckende Wirkung. 1.6.1969 Brandanschlag auf das SDS-Zentrum: Unbekannte verüben auf 2 Räume des SDS-Zentrums einen Brandanschlag und versprühen Tränengas. Polizei und Brandkommission ermitteln erfolglos.⁹⁴

Beim Auftritt des israelischen Botschafters Asher Ben Natan am 11.6.1969 zum Thema „Krieg oder Frieden in Nahost?“ kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sympathisanten Israels und Anhängern der palästinensischen Freiheitsbewegung. Eine Stunde lang rangeln und prügeln sich israelische und arabische Studenten. Danach werden die Kritiken an der israelischen Kriegs- und Besatzungspolitik von arabischen Studenten, dem SDS sowie die Rechtfertigung der Politik Israels Politik durch den Botschafter ausgetauscht.⁹⁵

Zum Abschluss des SS 1969 werden zwei Prüfungen (Historiker, Mediziner) gesprengt.⁹⁶

3.4. Der „große Prozess“ – der Staat braucht ein „Exempel“ und schlägt zurück: Günter Schmiedel soll als „Rädelsführer“ für Gewalttaten im Rahmen von Demonstrationen hart büßen

Günter Schmiedel politisierte sich über die 68er Bewegung seit dem Mord an Ohnesorg 1967. Er ist kaufmännischer Angestellter und gehört zu der sehr kleinen Gruppe von Arbeitern und Angestellten im Hamburger SDS. Nach 9 Monaten Untersuchungshaft, teilweise in strenger Isolierung, beginnt am 17.7.1969 der Prozess. Günter Schmiedel wird in der Anklage von der Politik und den Medien zu einem wichtigen „Rädelsführer“ für gewaltbereite Teilnehmer bei Demonstrationen stilisiert. Es wird ein Exempel statuiert, um abzuschrecken. Für die Politisierung des Prozesses sorgt der Hamburger Innensenator Heinz Ruhнау mit der Ansage: „Dies wird ein großer Prozess“.⁹⁷

93 S. „Chronik“ ab Datum 25.5. – 23.6.1969 auf dieser Webseite.

94 SDS Hamburg, Hrsg., *Brandanschlag auf das SDS-Zentrum*, Apo-Press – Hamburger Informationsdienst, Jg.1, Nr. 10, 01.06.1969 S. 22.

95 Hamburger Abendblatt, Das Auditorium glich einem Hexenkessel, Krawall um Ben Natan, Hamburger Abendblatt, Nr.134, 12.06.1969, S.2, SDS Hamburg, Hrsg., Zur Ben Natan Aktion am 16.11., Apo-Press – Hamburger Informationsdienst, JG.1, Nr. 11, 16.06.1969, S. 9–10.

96 S. „Chronik“ unter den Daten 24.6. und 3.7.1969 auf dieser Webseite.

97 Der Spiegel, Nr. 36, 1.9.1969, S. 104.

Wie viele andere gerät Schmiedel bei Demonstrationen in Konflikt wegen Sachbeschädigungen und Widerstand gegen polizeiliche Maßnahmen. Er ist groß und kräftig. Wo er auftaucht, wird er gesehen und schnell erkannt. Zeugen wie Polizeispitzel und Polizisten belasten ihn als „Gewalttäter“ bei zwei Demonstrationen am 21.12.68 und 31.1.69. Sie beschreiben ihn als Rädelsführer: Er läuft ganz vorne, er dirigiert andere durch Zeichen und „Befehle“. Das bleibt im Prozess umstritten. Die Vorwürfe führen normalerweise nur zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen auf Bewährung wie in vergleichbaren Prozessen. Das Gericht befindet aber, Schmiedel habe sich als Rädelsführer in diesen beiden Aktionen betätigt. Er habe durch sein Tun (Gesten und Befehle) die Gruppe der Demonstranten zu Gewalttaten (Sachbeschädigung) angeleitet. Entlastungszeugen und ein Gutachten des Psychologen Prof. Brückner, die zeigen, dass Schmiedel alles andere als ein Rädelsführer ist, werden als parteiisch (befangen) verworfen. Der Tatbestand „Rädelsführer“ kann mit einer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe bis zu 10 Jahren, mindestens mit 6 Monaten, geahndet werden. Das Urteil lautet: 1 Jahr, 9 Monate, keine Bewährung. Berufung und Entlassung aus der Haft werden sofort beantragt.

Erst nach zwei Monaten wird Schmiedel aus der Untersuchungshaft entlassen. Er wartet auf das Berufungsverfahren. Das im Mai 1970 verabschiedete „Straffreiheitgesetz“ für Demonstrationsdelikte bis zum 31.12.1969, führt auch für ihn zur Amnestie. Das Verfahren wird eingestellt, er gilt als unbestrafter Bürger. Untersuchungshaft und Prozess haben ihm aber psychisch stark zugesetzt. Er findet bis zu seinem Tod 1999 nicht wieder in sein früheres Leben zurück. Er ist das erste Opfer der Justiz gegen die Hamburger 68er Bewegung.⁹⁸

⁹⁹

Im Rahmen der Justizkampagne gibt es einige kleine Solidaritätsaktionen während des Schmiedel-Prozesses. So dringt eines Nachts eine kleine Gruppe SDS-Mitglieder in das Justizgebäude ein und schreibt Parolen, wie „Freiheit für Günter Schmiedel“, „Klassenjustiz“ u.a. an die Flurwände.¹⁰⁰ (76) Auf einer SPD-Wahlveranstaltung in Bergedorf wird der Vorsitzende der Strafkammer im Schmiedel Prozess, Gerichtsassessor Mentz, von Demonstranten erkannt. Nach dem Ruf „Da ist der Schmiedel-Richter“ wird ihm die Brille vom Kopf gerissen. Walter Sallei (s. Obi Vorfall, w.o.), ein Weggefährte von Günter Schmiedel, stellt sich „überraschend“ schützend vor den Richter.¹⁰¹ Er will Ärger vermeiden und seinen Freund Schmiedel schützen.

In den Semesterferien 1969 beginnen intensive Debatten um eine Neuorientierung. Die Suchprozesse nach künftigen inhaltlichen Perspektiven und Organisationskonzepten laufen in der stark angewachsenen Protestbewegung auseinander. Ungleichartige Interessen, ungleichzeitige Festlegungen und Dissonanzen führen zu einer Unübersichtlichkeit, die manche verzweifeln lässt. Andere schlagen sich schnell auf die Seite von bewährten Positi-

⁹⁸ Die ZEIT, Nr. 36, 5. September 1969.

⁹⁹ Reiner Link: Wo ist Schmiedel, DLF Hörfunk, gesendet am 29.09.2009.

¹⁰⁰ Zeitzeuge Arwed Milz (der Autor war an dieser Aktion beteiligt).

¹⁰¹ Hamburger Abendblatt, 28.8.1969.

onen und alten Organisationsmodellen der Linken. Zu den Themen „Theoriebildung, Schulung und Organisation“ bietet der SDS Material und Referate, Mitgliederversammlungen und Tagungen an. Entsprechende Debatten werden auch im SDS-Informationsblatt „APO-PRESS“ geführt. Das Thema „Gewalt“ als Mittel zur Durchsetzung politischer Veränderungen spielt keine besondere, vor allem im Rahmen der anbrechenden allgemeinen Organisations-, Strategie- und Schulungsdebatte keine praktisch-konkrete Rolle¹⁰². Dass es im Verlauf der langfristig angestrebten revolutionären Umwälzung und ihrer Sicherung nicht ohne Gewalt gehen würde, ist – siehe den Befreiungskampf in der 3. Welt – ebenso eine Binsenwahrheit wie kurzfristig nicht vordringlich zu theoretisieren oder gar zu legitimieren. Noch ist das „Konzept Stadtguerilla“ allenfalls in wenigen, besonders ungeduldi- gen und enttäuschten Köpfen nebelhaft präsent.

3.5. Der antikoloniale Sprengstoffanschlag bei Blohm & Voss Oktober 1969 – Höhepunkt der Gewalt gegen Sachen

Am 13.10.1969 kommt es dennoch zu einem Sprengstoffanschlag gegen eine für Portugal im Bau befindlichen Korvette auf der Werft Blohm & Voss. Sachschaden entsteht vornehmlich an einer daneben liegenden Schute, aber auch an der Korvette. Verletzt wird niemand. Die Korvette soll im portugiesischen Kolonialkrieg gegen die Befreiungsbewegung in Angola eingesetzt werden. Nach einer langen Reihe von Aufklärungsveranstaltungen seit 1967 über die Waffenlieferungen der BRD nach Portugal bzw. ihre angolansische Kolonie, will eine kleine Gruppe aus dem SDS und Sozialistischen Lehrlingszentrum (SLZ) mit Unterstützung der portugiesischen Widerstandsgruppe LUAR diesen Schritt wagen. Alle Aufklärungskampagnen hatten nichts an den Waffenlieferungen geändert. Sogar ihr Verbot durch die UNO bleibt folgenlos.¹⁰³ Die Befreiungsbewegungen aus den portugiesischen Kolonien (MPLA/PAIGCA) fordern in Schreiben und Flugblättern wirksamere Solidaritätsaktionen gegen den Bau der Korvetten bei Blohm & Voss.

Durch eine militante Aktion erhoffen sich die Aktivisten, dass der Bruch des Völkerrechts durch die BRD öffentlich gehört wird. In diesem Fall kann über den Kolonialkrieg in der BRD nicht ausreichend aufgeklärt werden, ohne die Akteure zu gefährden. Die Akteure des Anschlags ziehen die Konsequenz: eine Fortsetzung von Gewalt dieser Art gegen Sachen wird aufgegeben, da sie Menschenleben gefährden und unberechenbar sind.¹⁰⁴

102 S. „Chronik“ unter dem Datum ab „Juli/ August/September 1969: Die Fraktionierung im SDS, SLZ/ SALZ und anderen Teilen der Studierenden- Lehrlings- und Schülerbewegung beginnt“ auf dieser Webseite.

103 Vgl. Niels Schliehe: Deutschlands Hilfe für Portugals Kolonialkrieg in Afrika, S. 27, Hamburg 2016.

104 Ausführlich beschrieben werden die Hintergründe und der Anschlag in dem Beitrag „Gegen den portugiesischen Kolonialkrieg in Afrika – Der Anschlag auf eine bei Blohm & Voss gebaute Korvette“ im Oktober 1969“ auf dieser Webseite).

3.6. Die Neuorganisation der Protestbewegung flacht die Gewalt in Demonstrationen ab, sie werden singuläre Ereignisse 1970

Mit diesem Anschlag erreichen die Gewaltereignisse in Hamburg einen vorläufigen Höhepunkt. Mediale Aufmerksamkeit entsteht nicht. Die Protestbewegung gerät bis Ende 1970 in die Phase der Transformation mit neuen Organisationsansätzen, wechselnden Programmen, (K-Gruppen, DKP/Spartakus, Stamokap-SHB u.a.). Dabei spielt das Thema „Gewalt“ keine oder nur eine nachgeordnete Rolle in Hamburg. Die Hamburger Behörde für Inneres blickt beruhigt auf das Jahr 1970 zurück. Laut Polizeistatistik verlaufen die allermeisten der 87 registrierten Demonstrationen ohne Zwischenfälle, nur in drei Fällen kommt es zu Gewalttätigkeiten.¹⁰⁵ Die Diskussion und Verabschiedung des „Straffreiheitsgesetzes“ am 20.5.1970, führen zur Amnestie der meisten Demonstrationsdelikte, die bis zum 31.12. 1969 registriert waren.¹⁰⁶ Viele angeklagte Demonstranten können ihre Verfahrensakten schließen. Wer will sich erneut Ärger einhandeln? Das mag ein weiterer Grund der Beruhigung ab 1970 sein.

3.7. Im Untergrund wird der „bewaffnete Kampf“ von RAF und „Bewegung 2. Juni“ vorbereitet: Er findet auch in Hamburg partielle Unterstützung

Die Beruhigung trägt. Im Untergrund breitet sich, von den meisten unbemerkt, zunächst in Berlin, eine kleine Minderheit auf den bewaffneten Kampf vor.¹⁰⁷ Die „Bewegung des 2. Juni“ und die RAF entstehen und suchen ab 1970/1971 auch in Hamburg nach Unterstützung. Sie finden einige Sympathisanten in der Protestbewegung. Die Mitbegründerin der RAF, Ulrike Meinhof, lebt in Hamburg und Berlin. Sie arbeitet u.a. bei der Zeitschrift „Konkret“. An der Hamburger Protestbewegung ist sie kaum aktiv beteiligt, taucht aber am Rande von Aktionen auf und nimmt zuweilen an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, z.B. im Republikanischen Club, teil. Ihre Kolumnen in der „Konkret“ werden gerne gelesen und lebhaft diskutiert. Praktische Verbindungen hat sie nur zum Bombenanschlag bei Blohm & Voss. Sie kommt für einen Teil der Reisekosten auf, die im Zusammenhang mit den Anschlagsvorbereitungen anfallen. Allerdings stellt sie die Bedingung, dass nur Sachbeschädigung, kein Personenschaden entstehen darf!¹⁰⁸ Diese Grenze lässt sie ein Jahr später als Gründungsmitglied der RAF fallen. Ein SDS-Mitglied aus Hamburg soll 1971/1972 aktives RAF-Mitglied gewesen sein, ist aber bald spurlos verschwunden. Die

105 Vgl. Klaus Weinbauer, a.a.O., S. 315.

106 S. „Straffreiheitsgesetz 1970, <https://www.buzer.de/s1.htm?g=Straffreiheitsgesetz+1970&f=1>.

107 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die blinden Flecken der RAF, S. 31 ff.

108 Jutta Ditzfurth 2009: Ulrike Meinhof. Die Biografie, S. 248.

RAF, die sich Mitte 1970 gründet, beginnt mit der Beschaffung von Ressourcen, (Geld, Waffen, Verstecke), um im Mai 1972 sechs schwere Sprengstoffanschläge mit vielen Verletzten und einigen Toten zu verüben. Kurze Zeit später wird der Kern der RAF verhaftet.

Am 3. Juni 1972 distanziert sich Oskar Negt, ein führender Exponent des „Sozialistischen Büros“ in Frankfurt, anlässlich einer Solidaritätsaktion mit der in Kalifornien inhaftierten Angela Davis unmissverständlich von der RAF:

„Es gab und gibt mit den unpolitischen Aktionen, für die die Gruppe um Andreas Baader und Ulrike Meinhof die Verantwortung übernommen hat, nicht die geringsten Gemeinsamkeiten, die die politische Linke der Bundesrepublik zur Solidarität veranlassen könnte. Die Fanale, die sie mit ihren Bomben setzen wollen, sind in Wirklichkeit Irrlichter. Wenn überhaupt von zusammenhängenden Vorstellungen einzelner dieser Gruppe gesprochen werden kann, so handelt es sich um ein Gemisch von Illegalitätsromantik, falscher Einschätzung der gesellschaftlichen Situation als offener Faschismus und illegitimer Übertragung von Stadtguerilla-Praktiken auf Verhältnisse, die nur aus einer verzweifelter Situation heraus mit Lateinamerika verwechselt werden können Und weil diese Gruppen den Bedürfnissen des Systems entgegenkommen, alle sozialistische Politik zu kriminalisieren, sollen sie ihren aussichtslosen Kampf einstellen und ihre Niederlage offen eingestehen, um nicht noch andere, vor allem jüngere, in selbstmörderische Abenteuer einzubeziehen“¹⁰⁹

Diese Position wird von der großen Mehrheit der Hamburger 68er Bewegung geteilt. Sie fürchtet ein verschärftes Vorgehen gegen jede Opposition und warnt: „6 gegen 60 Mio.“; „Morde als Aufklärungsfanal?“ Die Aktionen der RAF könnten dem Staatsapparat dazu dienen, jene Szenarien und Strukturen der Überwachung und Verfolgung zu schaffen, deren Existenz die RAF ununterbrochen behauptet.

Bei einigen wenigen verhalten alle Warnungen. Sie finden bewaffnete Auseinandersetzungen interessant, attraktiv, spannend, mutig etc. In der Phase der intensiven Suche nach neuen Wegen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Innovationen und geeigneter Organisationen, die bis in die Mitte der 70er Jahre andauern, schwenken Grenzgänger ein. Sie sind in erster Linie emotional berührt von der humanitär akzentuierten Kampagne gegen „Folter- und Isolationshaft“. Sie zielt vorrangig auf die linksliberale und sozialdemokratische Öffentlichkeit. Die Solidaritätskampagnen der diversen „Roten Hilfen“ und „Komitees gegen Folter“ richten sich gegen die Haftbedingungen der RAF-Mitglieder. Sie werden bewusst zur Anwerbung von SympathisantInnen für das zum Scheitern verurteilte Konzept eines bewaffneten Kampfes in hochindustrialisierten Metropolen genutzt. Hinzu kommt ein größerer Kreis, der sich nur verbal mit dem bewaffneten Kampf identifiziert, ohne je entsprechend aktiv zu werden.

Polizeigewalt und Gegengewalt außerhalb des bewaffneten Kampfes der RAF/Bewegung 2. Juni nimmt erst wieder zu mit den Hausbesetzungen ab 1973 durch die sog. Sponti-Bewegung und mit der Auseinandersetzung um den Bau von Atomkraftwerken (Brokdorf).

¹⁰⁹ Zitiert nach W. Kraushaar: Aus der Protest-Chronik: 24. Mai 1972, Heidelberg, Zeitschrift „Mittelweg 36“, Heft 1, Februar/März 2018, S. 130.

Daran beteiligen sich viele 68er aus Hamburg, zum Teil über lange Jahre, auch als führende Initiatoren.

3.8. Zusammenfassung

Entwicklung der Gewaltereignisse und Diskurse

Die erste Phase: Polizeigewalt und Provokationen (1966/67)

Bei der Durchsetzung wirksamer Demonstrationsrechte sammelt die Protestbewegung im Großraum Hamburg erste Erfahrungen mit unverhältnismäßig harter Polizeigewalt:

- 1966 in der Vietnamdemonstration vor dem amerikanischen Konsulat,
- 1967 mit dem Polizistenmord an Benno Ohnesorg.

Nach und nach wird mit Gegengewalt durch individuelle Widerstandshandlungen bei gewalttätigen polizeilichen Strafaktionen und Festnahmen reagiert. Die Vorlesungsstörungen und -boykotte wollen eine Diskussion an der Universität erreichen. Sie gelten den beteiligten Studierenden als legitime Druckmittel. Die betroffenen Professoren kritisieren sie überwiegend als Meinungsterror, als gewaltsame Eingriffe in ihre Forschungs- und Lehrfreiheit. Mit den Provokationen an der Universität,

- dem Sturz des Wissmann-Denkmal,
- dem Transparent „Unter den Talaren – Muff von 1000 Jahren“,
- der Störung und Sprengung von Vorlesungen

werden „tote Themen“ des (Neo-)Kolonialismus, der Nazivergangenheit, der vordemokratisch-feudalen Organisation von Hochschulen usw. öffentlich angeprangert. Die formal und abstrakt zugesicherte Rede- und Meinungsfreiheit an Universitäten soll realisiert werden. In der medialen Öffentlichkeit werden diese Prozesse auf die Eskalation von „Gewalt“ verkürzt, entsprechend bebildert und aller kritischen Inhalte beraubt.

Die zweite Phase: Polizeigewalt und Widerstand (1968)

Die Kritik und Hetze an der Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg, gegen das Hofieren von Diktatoren und gegen die Verunglimpfung von Forderungen nach einer Demokratisierung der Hochschulen wird von der (Springer)Presse, insbesondere in Berlin, ungehemmt auf die Spitze getrieben. Sie führt, – so die unerschütterliche Überzeugung in der Protestbewegung, – zum Attentat auf Rudi Dutschke. Durch Blockaden des Zeitungsvertriebs im Springer-Verlag sollen demokratische Kontrollen der Medien angestoßen, popularisiert und durchgesetzt werden.

Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke strömen zu Ostern 1968 erstmals Massen von Menschen auf Demonstrationen, darunter vor allem Studierende, aber auch zunehmend junge Lehrlinge, SchülerInnen, selbst zahllose Ältere, die bisher nicht aktiv dabei waren. Sitz-

streiks sollen die Auslieferung von Zeitungen verhindern. Die Polizei greift gemäß dem Befehl bei der Sicherung von „Pressefreiheit“ überhart durch. Das trifft viele, die bisher mit SDS und APO nur sympathisierten und erzeugt Wut, Empörung, Widerständigkeit. Die Blockade wird von der Stadt und Polizei zur „Gefährdung“ des Eigentumsrechts von Springer hochstilisiert. Steine und Holzlatten dienen einigen zur Abwehr oder Notwehr gegen prügelnde Einsatzkräfte. Sie fühlen sich im Recht. Später wird dieser Griff zu Steinen und Holzlatten kritisiert und als Gegenwehr abgelehnt; alle sind erleichtert, dass es in Hamburg keine schwerwiegenden Folgen gibt. Einige befürworten immer noch Gewalt als Attraktion bei der Anwerbung von Jungarbeitern. Das wird als unzulässige Instrumentalisierung zurückgewiesen.

Die dritte Phase: Gewalt gegen Sachen (1969) – ein „Sprengstoffanschlag“

Aktionen, in denen vermehrt Gewalt gegen Sachen vorkommt, gibt es in der zweiten Jahreshälfte 1968: Angriffe auf Institutionen diktatorischer Regime wie Griechenland, Persien und Kampagnen gegen den „Konsumterror“. Damit verselbständigt sich das Mittel der Gewaltanwendung in Teilen der Protestbewegung und löst sich von dem früheren Ziel der Verteidigung und Gegenwehr bei Polizeieinsätzen. Gewalt wird offensiv als Mittel des Protests gegen den „Terror“ von Diktaturregimen gerechtfertigt. Sie wird auch gegen die Manipulation von Massen, („Konsumterror“), in der BRD akzeptiert und begrifflich gedehnt, um aufzurütteln und aufzuklären. Das klappt nur begrenzt; der inflationäre Gebrauch des Begriffs schleift ihn!

Wenn wiederholt und spontan, ob es passt oder nicht, die Scheiben des Amerikahauses und großer Banken etc. eingeworfen werden, dann mögen berstende Fenster und schepfernde Scherben befriedigen, Ohnmachtsgefühle betäuben, kurze Momente von „Mini-Macht“ und Überlegenheit erzeugen. Eine nachvollziehbare politische Rechtfertigung gibt es nicht mehr. Die Aufklärungsfunktion wird verfehlt, Mobilisierungschancen sind vertan.

Eine breitere Basis für die Bereitschaft zur Gewalt gegen Sachen gewinnt die Protestbewegung erst bei der Besetzung des Psychologischen Instituts im Januar 1969. Das Aufbrechen von Türen und Schränken zur Beschaffung von sensiblen Informationen wird öffentlich von vielen gerechtfertigt. Nur mit diesen Details lässt sich der Druck, ein „selbstorganisiertes Studium“ ins reguläre Lehrangebot zu integrieren, aufrecht erhalten. Der Kampf für eine Reform des Studiums wird mit Vorlesungs- und Prüfungsboykotten noch lange fortgeführt.

Im Prozess gegen Günter Schmiedel wird an einem SDS-Mitglied, einem Angestellten, ein Exempel statuiert. Die mittelschweren Gewaltdelikte, die ihm vorgeworfen werden, führen nur in Verbindung mit der unterstellten „Rädelsführerschaft“ zur Begründung eines Urteils für eine hohe Gefängnisstrafe. Die Funktion der Abschreckung erfüllt das Urteil nicht. Viel zu viele kennen Günter Schmiedel und wissen aus Erfahrung, dass er zwar gern den „Haudegen“ markiert, aber weich, nachgiebig und einsichtig ist. Das Bild des repressiven

Justizapparats bestätigt sich und radikalisiert die ablehnende Haltung zum Staat in Teilen der Protestbewegung.

Ein Höhepunkt der Gewalt gegen Sachen in Hamburg ist der Sprengstoffanschlag auf die Korvette bei Blohm & Voss. Er steht in der Tradition einer symbolischen, wenn auch militanten Form, die Provokationen zur Aufklärung nutzt. Hier wird auf die Verwicklung der BRD in den portugiesischen Kolonialkrieg verwiesen. Praktische Solidarität wird in dem kolonialen Befreiungskampf geleistet. In diesem Fall kann über den Kolonialkrieg in der BRD nicht ausreichend aufgeklärt werden, ohne die Akteure schwer zu belasten. Weitere riskante Formen von Gewalteinsetzungen werden 1969/70 verworfen. Künftig spielt „Gewalt“ in der Hamburger 68er Bewegung kaum noch eine Rolle.

Auf der Basis dieser Entwicklung von Polizeigewalt, Justizrepression und Gegengewalt, offensiver Gewalt gegen Sachen usw. entstanden auch ideologisch geprägte „Realitätssichten“ auf die Verhältnisse in der BRD, die einen bewaffneten Kampf propagierten. Bei einigen Mitgliedern aus dem Kern der Hamburger Protestbewegung von 1966–1969 wächst die Bereitschaft, sich für die Motive der Bewegung des 2. Juni und der RAF zu interessieren und sie ernst zu nehmen. Sie anerkennen, dass die Aktiven „alles riskieren“, sich „opfern“ und einen „Überlebenskampf“ führen. Selbstlos. Als die RAF offensive Kampagnen zur „Isolationshaft und -folter“ startet, sind viele fasziniert. Die überwiegende Mehrheit lehnt den bewaffneten Kampf ab, weil er zur Verschärfung aller staatlichen Maßnahmen gegen linke und fortschrittliche Kräfte der Opposition führt. Wenn sich auch die Mehrheit distanziert, weil „6 gegen 60 Millionen“ nichts erreichen können, so gibt es doch frühe Wurzeln der RAF auch in der Hamburger 68er Bewegung.

Literatur:

Bundesinnenministerium, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Studentenunruhen, 1969, Bergisch Gladbach
Claussen, Detlev: Was vom Jahre übrigbleibt. In: Demokratisierung der Deutschen, Hrsg. Tim Schanetzky u.a., Göttingen 2020

Ditfurth, Jutta: Ulrike Meinhof. Die Biografie, 2009, S. 248.

Fichter, T. P., Lönnendoncker, S.: Die Geschichte des SDS 1946 – 1970, Bielefeld 2018

Hohn, Detlev: Wir waren auch dabei, Ostern 1968 in Hamburg, Norderstedt 2013

Kraushaar, Wolfgang: Die Protestchronik 1958, Bd. 2, Hamburg 1996

Kraushaar, Wolfgang: Die blinden Flecken der 68er Bewegung, 2018

Kraushaar, Wolfgang: Die 68er Bewegung, Bd. 3, Eine illustrierte Chronik, 2018

Kraushaar, Wolfgang: Aus der Protest-Chronik: 24. Mai 1972, Heidelberg, Zeitschrift „Mittelweg 36“, Heft 1, Februar/März 2018

Kraushaar, Wolfgang: Die blinden Flecken der RAF, 2018

Lauermann, Manfred: Gewaltdiskurse vor 68 – aus dem Blickwinkel von 2008, in: R. Rilling (Hrsg.), Eine Frage von Gewalt – Linke Antworten

Schliehe, Niels: Deutschlands Hilfe für Portugals Kolonialkrieg in Afrika, Hamburg 2016

Weinbauer, Klaus: Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und innerer Sicherheit, Paderborn 2003

Doku-Filme:

Gallehr, Theo: Landfriedensbruch, 1967

Hemming H., Krummacher F. A., Seide, M.: „Junge Menschen in der Industriegesellschaft – Studenten proben den Aufstand?“, 1969

Hörmann, Günter: Django und die Tradition, 1968

Rosenthal, Kurt: Von der Revolte zur Revolution oder warum die Revolution erst morgen stattfindet, 1968